

WIFO

A-1103 WIEN, POSTFACH 91
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Strategien zur Erhöhung von
Wachstum und Beschäftigung
in Österreich**

Karl Aiginger

Mai 2005

Karl Aiginger

Strategien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung in Österreich

Überblick über bisherige Maßnahmen und Anregungen für mögliche Initiativen auf Anfrage der Bundesregierung vom 7. April 2005. Unterlage für den Reformdialog „Wachstum und Arbeit“ am 1. Mai 2005

Unter Mitarbeit von Julia Bock-Schappelwein, Margarete Czerny, Martin Falk, Franz Hahn, Werner Hölzl, Ulrike Huemer, Daniela Kletzan, Angela Köppl, Hannes Leo, Helmut Mahringer, Markus Marterbauer, Wilfried Puwein, Margit Schratzenstaller, Thomas Url, Ewald Walterskirchen

Wissenschaftliche Assistenz: Dagmar Guttmann, Waltraud Popp

Wien, 29. April 2005

Karl Aiginger

Strategien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung in Österreich

1.	Einleitung und Problemstellung	6
2.	Die europäische Konjunktur und Wachstum	7
3.	Die österreichische Position	9
4.	Bisherige wirtschaftspolitische Ansätze	14
4.1	<i>Konjunkturbelebungsprogramme I und II (Dezember 2001 bzw. September 2002)</i>	14
4.2	<i>Auswirkungen der Konjunkturbelebungsprogramme I und II</i>	18
4.3	<i>Wachstumsprogramm 2004</i>	21
4.4	<i>Steuerreform 2004/2005</i>	21
4.5	<i>Tarifreform in der Lohn- und Einkommensteuer</i>	24
4.6	<i>Zusammenfassung nach wachstumsrelevanten Ausgabengruppen</i>	25
5.	Notwendigkeit und Spielraum für eine wachstumspolitische Strategie	27
6.	Quantität und Qualität der Innovationen	29
7.	Quantität und Qualität der Ausbildung	32
8.	Quantität und Qualität der Weiterbildung	34
9.	Investitionen in die Infrastruktur	35
10.	Strukturreformen am Arbeitsmarkt	41
11.	Betriebsgründungen, Finanzierung, Headquarters	43
12.	Umwelttechnologie als Export- und Wachstumschance	44
	Literaturhinweise:	46
	Anhang: Vergleich der österreichischen Position laut Strukturindikatoren	47

Karl Aiginger

Strategien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung in Österreich

Executive Summary

Die Europäische Wirtschaft kann von der derzeit hohen Dynamik der Weltwirtschaft nur unzureichend profitieren. Während das Wachstum der Weltwirtschaft nach 4,5 % heuer noch einmal im Bereich von 4 % liegt, musste die Prognose für den Euroraum in der Frühjahrsprognose auf 1,6 % zurückgenommen werden. Die Europäische Union hat auf dem Gipfel in Luxemburg diesem Umstand Rechnung getragen, den Stabilitäts- und Wachstumspakt gelockert und der Lissabon-Agenda im Allgemeinen und dem Wachstumsziel im Besonderen einen höheren Stellenwert gegeben. Die nationale Verankerung der Lissabonstrategie soll durch einen Nationalen Aktionsplan stärker betont werden.

Die österreichische Wirtschaft kann 2004 und voraussichtlich auch 2005 Zuwachsraten von knapp 2 % erreichen. Diese Wachstumsraten sind niedriger als in früheren Erholungsphasen und nicht hoch genug, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Das Wachstum liegt in Österreich höher als in Deutschland und Italien, 2005 auch höher als im Euroraum, doch ist der Wachstumsvorsprung, der Österreich in die Spitzengruppe beim Pro Kopf Einkommen geführt hat, verloren.

Das erwartete Wachstum liegt mittelfristig knapp über dem Durchschnitt des Euroraumes aber niedriger als in den nordeuropäischen und zentraleuropäischen Wachstumskernen. Es reicht mit 2,3 % ebenfalls nicht aus die Arbeitslosenrate zu senken. Ein deutlicher Rückgang wäre nur bei einem mittelfristigen Wachstum von 2,5 % zu erwarten. Eine Strategie zur Anhebung des Wachstumspfad es ist sowohl nach dem Lissabonziel notwendig, als auch um die Arbeitslosigkeit zu senken, das Budgetdefizit mittelfristig in Griff zu bekommen, und für die Probleme der alternden Bevölkerung vorzusorgen.

Eine Bewertung der österreichischen Position nach dem Fortschritt der Lissabonstrategie zeigt ebenfalls einen Handlungsbedarf auf. Die Beschäftigungsquote liegt schon nahe dem Lissabonziel für 2010 und steigt, allerdings durch KarenzgeldbezieherInnen überhöht, und teilweise beschränkt sich die Dynamik auf Teilzeitarbeitsplätze. Die Arbeitslosigkeit liegt nach EU-Berechnung höher als im Jahr 1995 und 2000 und wäre ohne Schulungsteilnehmer, ohne Frühpensionierungen und nach der nationalen Berechnung noch höher. Österreich hat eine der niedrigsten Beschäftigungsraten bei den älteren Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen.

Bei den Indikatoren für den sozialen Zusammenhalt liegt Österreich günstig, ebenso in der Energieintensität. Indikatoren, die die Veränderung von Umweltbelastungen messen (Emissionen von Treibhausgasen und Transportvolumen), zeigen für Österreich ein ungünstiges Ergebnis. Generell geben Indikatoren, die den Fortschritt anzeigen ein ungünstigeres Bild als Indikatoren, die die relative Position zu anderen Ländern anzeigen.

Der vorliegende Bericht gibt einen Überblick über bisherige Versuche, die Konjunktur zu stützen und das Wachstum zu erhöhen, insbesondere die Konjunkturpakete I und II, das Wachstumspaket 2004 und die Steuerreform 2004/05. Auf Grund der Kurzfristigkeit der Anfrage beruht diese Ausarbeitung primär auf schon vorliegenden Berechnungen und Analysen.

Die Anhebung des Wachstumspfad einer Volkswirtschaft ist eine anspruchsvolle, schwierige und langfristige Aufgabe. Keine einzelne Maßnahme ist für sich genommen imstande, den Wachstumspfad nachhaltig und merklich zu erhöhen. Nur eine langfristig konzipierte und konsequent verfolgte Strategie kann das Wachstum dauerhaft verändern. Nur eine Strategie, die kurzfristig Nachfrage schafft und langfristig das Produktionspotential und die Wettbewerbskraft der Volkswirtschaft insgesamt steigert, erhöht das Wachstum dauerhaft.

Der Erfolg einer Strategie zur Erhöhung des Wachstumspfad besonders in einem kleinen Land wird erleichtert, wenn die Nachbarländer ebenfalls versuchen, das Wachstum zu erhöhen, da es negative Sickereffekte und positive Spillovers gibt und viele Projekte transnational geplant oder finanziert werden müssen. Die in dieser Kurzstudie vorgeschlagenen Maßnahmen sind konform mit oder sogar abgeleitet aus der Lissabon-Agenda und können in den im Herbst vorzulegenden Nationalen Umsetzungsplan eingearbeitet werden.

Zusätzliche Ausgaben zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums dürfen die langfristige Budgetkonsolidierung nicht aus dem Auge verlieren. Es sollte daher die Finanzierung der wachstumsfördernden Maßnahmen teilweise aus Umschichtungen der bisherigen Ausgaben erfolgen. Die gewählten Maßnahmen müssen mittelfristig eine hohe volkswirtschaftliche Rendite haben. Der psychologische Faktor, die Reduktion der Unsicherheit der privaten Haushalte und Unternehmen und die allgemeine Akzeptanz der wachstumspolitischen Strategie spielen in einer Wachstumsstrategie eine entscheidende Rolle.

Die konjunkturelle Lage ist nach der derzeitigen Prognose nicht so ungünstig, dass rein konjunkturelle Maßnahmen berechtigt wären. Sollte sich die Konjunkturlage allerdings verschlechtern, wäre es günstig, rasch umsetzbare Projekte und Maßnahmen vorbereitet zu haben. Sie sollten nachfrage- und angebotsseitig wirksam sein (also den Standort verbessern und die Zukunftsinvestitionen unterstützen). Maßnahmen zur Erhöhung des mittelfristigen

Wachstumspfad es sollen über den vollen Konjunkturzyklus durchgehalten werden. Aus der Sicht des Arbeitsmarktes und der Infrastrukturdefizite (besonders im EU-Erweiterungsraum) wäre ein „Quickstart“ einer längerfristigen verstärkten Wachstumsstrategie eventuell auch unter Nutzung von Einmalerträgen gerechtfertigt.

Die höhere Priorität des Wachstumszieles innerhalb der Europäischen Union und die Notwendigkeit zur Erstellung Nationaler Pläne zur Umsetzung der Lissabon-Agenda erhöhen die Erfolgchancen einer Wachstumsstrategie. Österreich soll daran mitarbeiten, die Umorientierung der EU auf einen Wachstumskurs zu unterstützen. Dies könnte gerade unter der Präsidentschaft möglich und wichtig sein, und würde auch einen Kompromiss bei den Beitragszahlungen rechtfertigen.

Der Entschluss, dem Wachstumsziel vorrangige Priorität zu geben, darf nicht zu einer Vernachlässigung der Anstrengungen im Bereich der Kohärenz und der Nachhaltigkeit führen. Beide Ziele sind wesentliche Charakteristika des Europäischen Modells. Werden sie vernachlässigt, entstehen morgen höhere Folgekosten (und die Verunsicherung durch raschen Strategiewechsel). Außerdem verliert Europa und gerade Österreich damit Wachstums- und Exportchancen in der Umwelttechnologie.

Von den seit 2000 getätigten Anstrengungen zur Stützung der Konjunktur, analysieren wir die Konjunkturpakete I (2001) und II (2002), das Wachstumspaket 2004 und die Steuerreform 2004 und 2005. Die Konjunkturpakete haben vorwiegend die Investitionsnachfrage gestützt, das Wachstumspaket Investitionen in Forschung und Ausbildung, die Steuerreform hat das Wachstum konsumseitig unterstützt. Insgesamt sind damit die Forschungsausgaben, die Ausgaben für den Arbeitsmarkt und für Investitionen in Bahn und Strassen stärker als die Wirtschaftsleistung gestiegen. Die gesamten öffentlichen Investitionen blieben hinter der Steigerung des BIP zurück, ebenso die Bildungsausgaben.

Die vorliegende Arbeit nennt sieben Bereiche, in denen Maßnahmen getroffen werden sollten, um den mittelfristigen Wachstumspfad zu heben: (i) Innovation und Forschung, (ii) Bildung, (iii) Weiterbildung, (iv) Infrastruktur, (v) Arbeitsmarktförderung und Anreizstrukturen, (vi) Betriebsgründungen und (vii) Umwelttechnologie. Die vorgeschlagenen Maßnahmen stellen keine Gesamtstrategie dar, sondern ergeben sich aus Teilstudien, die - oft für spezielle Zwecke verfasst- Stärken und Schwächen untersuchen und Maßnahmen vorschlagen.

Im Bereich *Forschung und Innovation* ist die Erreichung des Zwischenzieles einer Forschungsquote von 2,5 % im Jahr 2006 möglich, aber nicht abgesichert. Ergänzende Maßnahmen zur Forschungsförderung für Klein- und Mittelbetriebe (Prämie bei Auftragsforschung), zur Intensivierung der Zusammenarbeit von Firmen und Universitäten (Drittmittelbonus) und eine verbindliche Zusage von neuen, erhöhten

Sonderfinanzierungsmitteln nach Auslaufen der derzeitigen Aktion zwecks Planbarkeit von Forschung (etwa über einen Allparteiantrag im Parlament) wird vorgeschlagen, da Planbarkeit über die Legislaturperiode hinaus gegeben sein muss. Maßnahmen zur Effizienzerhöhung und strategischen Vergabe von Forschungsmitteln ergänzen diese finanziellen Vorschläge. Die langfristige Wirkung (u.a. auch auf Beschäftigung) von Forschungsausgaben ist deutlich höher als die kurzfristige.

Im Bereich der *Ausbildung und Weiterbildung* ist der entscheidende Beitrag von Humankapital für das Wirtschaftswachstum eingehend dokumentiert. Die Tatsache, dass die älteren Arbeitnehmer in zehn Jahren die größte Gruppe am Arbeitsmarkt sein werden, unterstreicht die Bedeutung der Weiterbildung für die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs und verlangt dramatische Änderungen in der Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, in Firmenstrategien, und in der Institutionenlandschaft für Weiterbildung. Konkrete Vorschläge betreffen eine Lehrlingsoffensive im Bereich der modernen Dienstleistungen, der Anbindung von Lehrabschlüssen an höhere Bildungswege, Nachholprogramme für Personen ohne Schulabschluss, eine Qualifizierungsoffensive für Personen mit Migrantenhintergrund, Unterstützung von Berufsunterbrechungen zwecks Weiterbildung, und die Verbindung von Flexibilitätsanforderungen mit einer geschlossenen Periode für Weiterbildung. Maßnahmen zur Modularisierung, Zertifizierung und Internationalisierung der Weiterbildung sind langfristig wichtig und sollten in einem Gesamtkonzept angegangen werden.

Im Bereich der *Infrastruktur* wird der Verbesserung des österreichischen Wirtschaftsstandortes angesichts der Osterweiterung der EU und der neuen geographischen Lage Österreichs Priorität gegeben. Neben Bahn (Beseitigung von Behinderungen Westbahn, Pyhrnbahn-Summerauer Bahn, Semmeringtunnel) und Strassen (u.a. Ausbau Westbahn, Nord-Südumfahrung Wiens, Spange Kittsee, Nordautobahn, Mühlviertler Schnellstrasse) bedeutet das auch Investitionen in die Logistik, Güterterminals, Bahnhofsanierung. Im Bereich der immateriellen Infrastruktur ist die Breitbandanbindung zu forcieren. Die Finanzierung von Gemeindeinvestitionen, die Nutzung der Wohnbaurichtlinien zur Durchsetzung von Energieeinsparungen, Ökologischem Bau und Telekommunikation wird angesprochen, ebenso Maßnahmen zur Forcierung von PPP Modellen (rechtliche, Task Force, Modellanalysen). Österreich hat einen überproportionalen Anteil an transnationalen TEN-Projekten (Eisenbahnen München - Brenner, und München - Bratislava und Budapest - Wien, sowie Schifffahrt Wien - Bratislava, und Autobahn Wien - Brünn). Ihre Finanzierung auf europäischer und nationaler Ebene sollte verbessert werden, organisatorische Probleme könnten durch einen TEN-Verantwortlichen (ev. gekoppelt mit dem

Lissabonverantwortlichen) beseitigt werden. Ein höherer Finanzierungsbeitrag der EU bei früherem Beginn könnte die abwartende Haltung der Länder reduzieren.

Im Bereich des *Arbeitsmarktes* werden Aktivierungsmaßnahmen des AMS, Maßnahmen zur Höherqualifikation und zur zielgruppenorientierten Wiedereingliederung von Problemgruppen vorgeschlagen, wobei alle Modelle unter dem Gesichtspunkt der Kosten und der Substitution von bestehenden Arbeitsplätzen zu überprüfen sind. Qualifizierungsmaßnahmen von erwerbsfähigen Beziehern von Sozialhilfe und die Verstärkung von Anreizen zur Aufnahme von Beschäftigung werden vorgeschlagen. Die Erhöhung des Arbeitnehmerabsetzbetrages in Verbindung mit der Ausübung einer Beschäftigung ist ebenfalls ein Anreiz zur (Wieder-) Aufnahme einer Beschäftigung.

Zur Gründung und zur Forcierung des Wachstums von Betrieben werden Maßnahmen im Bereich der Betriebsgründung, der Finanzierung und der Anwerbung von Headquartern vorgeschlagen.

Umwelttechnologie ist eine Chance für Österreich, dafür ist eine Strategie und eine Förderung zu konzipieren; die Klimastrategie soll umfassend und kosteneffizient durchgeführt werden. Die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern soll reduziert werden, Umweltpolitik und Wohnbau können stärkere Synergien entwickeln.

1. Einleitung und Problemstellung

Die österreichische Wirtschaft hat sich nach der anhaltenden Schwäche der letzten Jahre wieder erholt und kann 2004 bis 2006 Zuwachsraten von knapp 2 % erreichen¹. Diese Wachstumsraten sind niedriger als in früheren Erholungsphasen und nicht hoch genug, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Die vorliegende Kurzstudie vergleicht das Wachstum in Österreich mit der Dynamik in anderen Ländern Europas und gibt einen Statusbericht auf der Basis eines breiteren Spektrums von sozio-ökonomischen Erfolgsindikatoren (primär der Strukturindikatoren, an denen Fortschritte der EU-Mitgliedstaaten bei der Erreichung der Lissabon-Ziele beurteilt werden). Wir berichten weiters über die bisherigen Maßnahmen, die Konjunktur zu stabilisieren und den Wachstumspfad zu heben und geben einen Überblick über verfügbare Strategien zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung. Wir berichten über Maßnahmen in sieben Bereichen: (i) Innovation und Forschung, (ii) Bildung, (iii) Weiterbildung, (iv) Infrastruktur, (v) Arbeitsmarktförderung und Anreizstrukturen, (vi) Betriebsgründungen und (vii) Umwelttechnologie.

Die Anhebung des Wachstumspfades einer Volkswirtschaft ist eine anspruchsvolle, schwierige und langfristige Aufgabe. Keine einzelne Maßnahme ist für sich genommen imstande, den Wachstumspfad nachhaltig und merklich zu erhöhen. Nur eine langfristig konzipierte und konsequent verfolgte Strategie kann das Wachstum dauerhaft verändern. Das Zusammenspielen von angebotsseitigen und nachfrageseitigen Maßnahmen ist nötig. Maßnahmen, die die Flexibilität erhöhen, müssen kombiniert werden mit Maßnahmen, die Sicherheit und Vertrauen stärken. Aktionen, deren Finanzierung budgetäre Löcher aufreißt, die morgen wieder gestopft werden müssen, verstärken Unsicherheit und bewirken Zurückhaltung bei Konsum und Investitionen. Eine Strategie, die kurzfristig Nachfrage schafft und langfristig das Produktionspotential und die Wettbewerbskraft der Volkswirtschaft insgesamt steigert, bewirkt eine „Doppeldividende“. Der Erfolg einer Wachstumspolitik in einem kleinen Land erfordert auch, dass die Nachbarländer ebenfalls versuchen, das Wachstum zu erhöhen, da es negative Sickereffekte und positive Spillovers gibt und viele Projekte transnational geplant oder finanziert werden müssen. Die im Frühjahr in Luxemburg beschlossene stärkere Beachtung des Wachstumszieles in der reformierten europäischen Agenda ist hier - wenn sie konsequent von allen Mitgliedsländern verfolgt wird - hilfreich. Die in dieser Kurzstudie vorgeschlagenen Maßnahmen sind konform mit oder sogar abgeleitet

¹ 2004: 2 %, Prognosen für 2005 und 2006 2,2 % und 2,3 %.

aus der Lissabon-Agenda und können in den im Herbst vorzulegenden Nationalen Umsetzungsplan eingearbeitet werden.

Eine besondere Herausforderung besteht darin, die Maßnahmen so zu gestalten, dass sie zum langfristigen Konsolidierungsziel der öffentlichen Finanzen nicht in Widerspruch stehen und gleichzeitig doch stark genug sind, wachstumspolitisch positive Wirkungen auszulösen und das Vertrauen in Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Die einzelnen wachstumspolitischen Maßnahmen können auch schrittweise umgesetzt werden, wenn sich neue Spielräume eröffnen (Einsparungseffekte, Privatisierungen) oder wenn ein Konjunkturrückschlag es erforderlich macht (schnell umsetzbare Zusatzinvestitionen). Wichtig ist, dass die Wachstumsstrategie, ihre Notwendigkeit und ihre Wirksamkeit von allen Trägern der Wirtschaftspolitik, von den Unternehmern, Konsumenten und Experten breit anerkannt und als vorteilhaft angesehen wird. Die Durchführung einer langfristig angelegten wachstumspolitischen Strategie muss auch in Perioden durchgehalten werden, in denen andere kurzfristige Prioritäten auftreten (EU-Präsidentschaft etc.). Eine laufende Evaluierung der Durchführung der Maßnahmen und ihrer Effekte wäre ebenfalls sinnvoll.

Abschnitt 2 skizziert das Zurückbleiben des europäischen Wachstums in einer Phase eines weltwirtschaftlichen Booms, Abschnitt 3 vergleicht die wirtschaftliche Leistung und Dynamik Österreichs mit jener der anderen EU-Mitgliedsländer. Dann folgt ein Überblick über zwei Konjunkturbelebungsprogramme, das Wachstumspaket 2004 und die Steuerreform. Die Abschnitte 6 bis 12 skizzieren Maßnahmen in den genannten sieben Politikbereichen. Aufgrund der Kurzfristigkeit der Anfrage ist die vorliegende Analyse vorwiegend auf bestehende Analysen aufgebaut und die Anregungen und Vorschläge nicht zu einer umfassenden Strategie inklusive Berechnung der Kosten und Finanzierbarkeit ausgearbeitet. Die Vorschläge können Anregungen zu Sofortmaßnahmen und für den im Herbst zu erarbeitenden Nationalen Plan zur Durchführung der Europäischen Wachstumsstrategie liefern.

2. Die europäische Konjunktur und Wachstum

Die europäische Wirtschaft kann von der derzeit günstigen weltwirtschaftlichen Konjunktur nicht ausreichend profitieren. Die Weltwirtschaft wuchs 2004 mit 4,5 %, für 2005 wird ein Wachstum von 4 % erwartet. Dies bedeutet eine leichte Abschwächung, allerdings bei einer weiteren Zunahme der Kapazitätsauslastung. Die Wirtschaft des Euroraums ist hingegen 2004 nur um 2 % gewachsen (EU 15: +2,3 %; EU 25 2,4 %). Für 2005 rechnet die Europäische Kommission in ihrer Frühjahrsprognose mit einem Wachstum von 1,6 % im Eurogebiet und 2 % in der EU 25 (siehe Übersicht 1).

Übersicht 1: Wachstumsvergleich des realen BIP

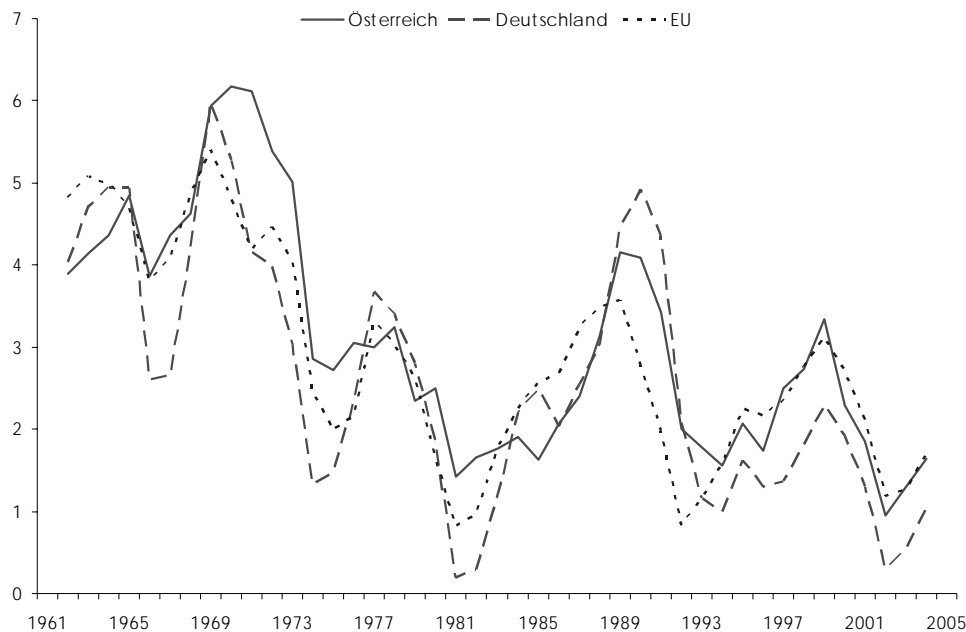
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	1970-1980	1980-1990	1990-1995	1995-2000	2000-2005	1995-2005
Österreich	3,4	0,7	1,2	0,8	2,0	2,2	3,6	2,3	2,2	2,9	1,4	2,2
EU15	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	1,9	3,0	2,3	1,5	2,7	1,6	2,1
EU25	3,6	1,8	1,1	1,0	2,4	2,0	.	.	.	2,8	1,7	2,2
Euroraum	3,5	1,6	0,9	0,6	2,0	1,6	3,2	2,3	1,4	2,6	1,3	2,0
Deutschland	3,2	1,2	0,2	0,0	1,6	0,8	2,8	2,3	2,2	2,0	0,7	1,5
Italien	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	1,2	3,6	2,3	1,3	1,9	1,0	1,4
USA	3,7	0,8	1,9	3,1	4,4	3,6	3,2	3,2	2,5	4,1	2,7	3,4

Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO) bzw. Frühjahrsprognose der Europäischen Kommission und für Österreich April-Prognose des WIFO.

Das geringe europäische Wachstum ist kein kurzfristiges, sondern ein mittelfristiges Phänomen. Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre (1995 bis 2005) lag die Wachstumsrate der europäischen Wirtschaft (definiert als EU 15) mit 2,1 % deutlich unter jener der USA (3,4 %). Die Ursachen dieser Wachstumslücke sind Gegenstand eingehender und nicht immer übereinstimmender Analysen, dürften jedoch sowohl im höheren Potentialwachstum in den USA (bedingt durch F&E, Humankapital und IKT-Investitionen) als auch in der besseren Ausnutzung des Potentials durch eine wachstumsorientierte makroökonomische Steuerung ebenso wie in der größeren Flexibilität der US-amerikanischen Arbeits- und Produktmärkte liegen (Aiginger, 2005). Diese Faktoren werden in einer sich globalisierenden Wirtschaft und beim Auftreten von Innovationsschüben (Telekom, Biotechnologie, Nanotechnologie) und wiederholter Schocks (Ölpreis, Währungsschwankungen) wichtiger als in Phasen schrittweiser Technologie- und stabiler Konjunkturentwicklung. Über die längste Periode seit dem Zweiten Weltkrieg ist Europa stärker gewachsen als die USA und hatte den Produktivitätsvorsprung der USA zu Beginn der 90er Jahre fast aufgeholt.

Zum aktuellen europäischen Wachstumsproblem trägt auch bei, dass Deutschland als die größte europäische Wirtschaft die Wiedervereinigung wirtschaftspolitisch nicht optimal steuerte, im Gefolge der Wiedervereinigung große Transfers zu verkraften hatte, der Preisstabilität hohe Priorität einräumte und einer wachstumsorientierten Politik nicht den erforderlichen Vorrang gab. Die mittelfristigen Prognosen erwarten eine Fortsetzung des Wachstumsunterschiedes zwischen Europa und den USA (Schulmeister, 2005). Für Europa nimmt z.B. das Oxfordmodell, welches das WIFO für die mittelfristige Prognose verwendet, für die EU 15 ein mittelfristiges Wachstum von 2,2 % an, während für die USA ein Trendwachstum von 3,1 % erwartet wird.

Abbildung 1: Entwicklung des BIP in Österreich, Deutschland und der EU
Gleitender 3-Jahresdurchschnitt



Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO).

Lange Zeit hatten viele Ökonomen das höhere Wachstum der USA als vorübergehend angesehen. So wurde etwa argumentiert, dass der vorgebliche Wachstumsvorsprung rein durch Unterschiede in der Statistik bedingt sein könnte (Zurechnung von Software, stärkerer Einsatz hedonischer Preise), nur auf eine künstliche „IT-Blase“ zurückzuführen sei oder mit dem Anstieg der Bevölkerung zusammenhängen könnte. Ungleichgewichte in der Außenbilanz, dem Staatshaushalt und die niedrige Sparquote sind sicher auch heute gravierende ungelöste Probleme mit potentieller Wirkung auf den Wachstumspfad der US-Wirtschaft und der Weltwirtschaft. Das rasche Wachstum der Weltwirtschaft und das Zurückbleiben Europas in der jüngsten Erholungsphase hat allerdings die Befürchtung ausgelöst, dass das Wachstum von Output, Produktivität und Erwerbstätigkeit nun mittelfristig in den USA und auch in vielen asiatischen Ländern höher ist als in Europa, sodass eine neue europäische Wachstumsstrategie notwendig wäre, um die Wachstumslücke zu schließen. Die jüngsten Veränderungen im Stabilitäts- und Wachstumspakt sowie der Neustart und die Refokussierung der Lissabonstrategie sind das erste Anzeichen einer veränderten europäischen Strategie.

3. Die österreichische Position

Österreich hat durch ein über Jahrzehnte höheres Wachstum eine Top-Einkommensposition in Europa erreicht. Nach den Daten von 2004 liegt Österreich beim BIP pro Kopf zu

Kaufkraftparitäten mit 27.100 € je Einwohner unter den Top 5 innerhalb der 25 EU-Länder. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt damit hinter Irland² und Dänemark und knapp vor Großbritannien, den Niederlanden und Belgien. Weltweit liegt Österreich nach einer OECD-Berechnung an siebenter Stelle der Industrieländer (OECD, 2005).

Übersicht 2: Wachstumsvergleich des realen BIP

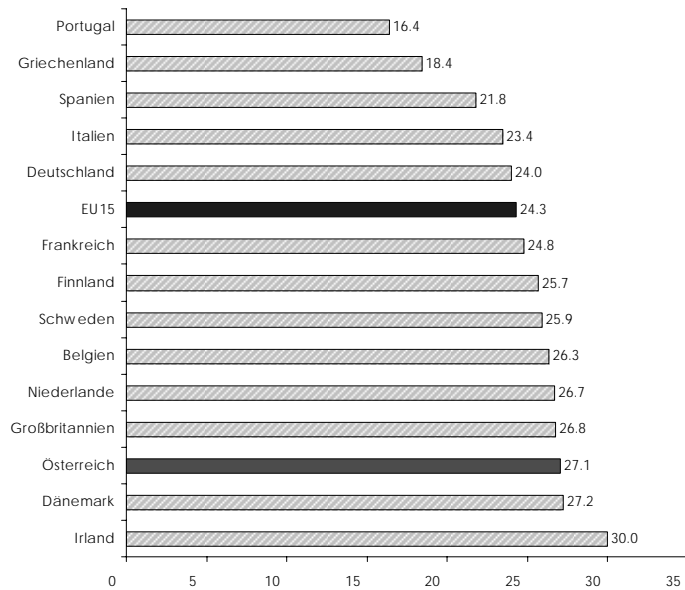
	BIP pro Kopf zu PPP		BIP je Erwerbstätigen zu PPP		Privater Konsum pro Kopf zu PPP	
	2000	2004	2000	2004	2000	2004
Belgien	116.63	116.81	127.83	128.76	109.82	110.50
Dänemark	126.55	121.81	106.11	104.58	103.35	99.69
Deutschland	111.80	107.06	103.68	101.45	110.68	106.00
Griechenland	72.34	80.84	88.48	97.83	86.78	94.55
Spanien	91.49	95.00	101.52	101.21	89.95	92.13
Frankreich	113.73	113.47	124.00	123.71	111.72	113.74
Irland	126.35	138.15	123.75	132.81	100.31	101.91
Italien	112.86	105.99	121.25	110.32	115.85	110.34
Niederlande	121.37	117.54	104.02	102.90	101.84	98.37
Österreich	127.61	121.21	108.44	103.94	122.51	114.75
Portugal	77.18	73.57	69.80	67.77	80.56	78.05
Finnland	114.07	112.66	112.10	110.36	96.32	101.53
Schweden	119.54	116.00	108.75	106.42	104.28	99.06
Großbritannien	113.83	118.56	99.73	104.48	131.54	135.57
EU15	109.91	108.73	108.10	106.88	110.37	109.45
Japan	115.57	116.47	96.30	99.45	108.48	114.03
USA	154.06	154.92	127.38	134.22	188.50	187.14
EU25	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00	100.00

Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO).

Österreich hat diese Position durch höhere reale Wachstumsraten und die Aufwertung der Währung erreicht. Der Wachstumsvorsprung ist in den letzten 10 Jahren nicht mehr gegeben. Für das reale BIP liegt die Wachstumsrate zwischen 1995 und 2005 um ein Zehntel höher als in der EU 15 und um zwei Zehntel höher als im Euroraum. In den letzten fünf Jahren ist die Wachstumsrate mit 1,4 % um ein Zehntel höher als im Euroraum und um zwei Zehntel niedriger als in der EU 15. 2005 überschreitet das prognostizierte Wachstum die Dynamik der europäischen Vergleichsräume leicht. Das österreichische Wachstum ist mittel- und kurzfristig deutlich höher als in Deutschland und Italien, aber schwächer als in den neuen Mitgliedsländern der EU und im nördlichen europäischen Wachstumskern. Eine bessere Position im Vergleich zu den traditionellen Haupthandelspartnern und eine geringere Dynamik verglichen mit den Wachstumskernen in Nord- und Osteuropa sind auch bei anderen makroökonomischen Indikatoren festzustellen.

² In Irland liegt das BIP je Einwohner höher, das Nettonationalprodukt pro Kopf (das Gewinntransfers ausschließt) niedriger als in Österreich. Luxemburg hat ebenfalls ein höheres BIP pro Kopf, ist aber eher mit anderen städtischen Agglomeraten zu vergleichen. Die jährlichen Positionen im Einkommensranking wechseln, aber die Position Österreichs unter den fünf Ländern mit höchstem Pro-Kopf-Einkommen ist längerfristig stabil.

Abbildung 2: Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der EU 2004



Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO).

Die Beschäftigungsquote liegt in Österreich überdurchschnittlich hoch (69 % 2003; EU 15 64 %; EU 25 63 %; vgl. Übersicht A1), für die Gesamtbeschäftigung ist damit das Lissabonziel von 67 % (2005) erreicht, die Erreichung der Zielmarke von 70 % im Jahr 2010 absehbar. Zwischen 2000 und 2003 stieg die Beschäftigungsquote um 1,7 Prozentpunkte; in der EU 15 um 1 Prozentpunkt. Die Situation in Österreich ist u.a. durch die Einbeziehung der KindergeldbezieherInnen im internationalen Vergleich etwas zu günstig dargestellt. Die Beschäftigungsquote bei weiblichen Beschäftigten liegt bei 62,2 %, auch hier ist die Lissabonvorgabe erreichbar.

Übersicht 3: Die Erwerbsquote in Österreich

	Gesamt		Frauen		EU 15	EU 25
	lt. Eurostat	lt. HSV	lt. Eurostat	lt. HSV		
1994	71,1	68,5	61,4	58,2	67,2	
1995	71,4	68,3	61,7	58,1	67,2	
1996	70,8	68,1	61,2	58,1	67,5	
1997	70,9	68,2	61,5	58,3	67,7	67,5
1998	71,0	68,5	61,7	58,9	68,1	67,9
1999	71,3	68,4	62,1	59,1	68,6	68,3
2000	71,0	68,1	62,0	59,2	69,0	68,6
2001	71,3	68,1	63,2	59,8	69,2	68,7
2002	72,6	68,4	65,3	60,7	69,7	69,0
2003	72,7	68,6	65,6	61,3	70,1	69,3
2004		69,2		62,1		
2000-2003	1,7	0,5	3,6	2,1	1,1	0,7

Anmerkung: Für 2004 sind die Bevölkerungszahlen vorläufig; Altersgruppe 15-64.

Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO) und HSV (Hauptverband der Sozialversicherungen); AMS.

Übersicht 4: (Aktiv) Erwerbstätige in Österreich und in der EU 15

	Österreich		EU	Österreich		EU
	lt. HSV	lt. AMECO		lt. HSV	lt. AMECO	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
1991	3341,6	3911,9	157827,2	1,6	1,3	
1992	3358,4	3932,9	155995,6	0,5	0,5	-1,2
1993	3338,3	3914,5	153429,4	-0,6	-0,5	-1,6
1994	3341,9	3915,8	153237,6	0,1	0,0	-0,1
1995	3334,0	3906,6	154329,8	-0,2	-0,2	0,7
1996	3314,5	3920,2	155205,3	-0,6	0,3	0,6
1997	3325,5	3954,4	156569,0	0,3	0,9	0,9
1998	3358,9	4005,8	159325,2	1,0	1,3	1,8
1999	3397,1	4079,7	162088,8	1,1	1,8	1,7
2000	3427,2	4122,2	165249,8	0,9	1,0	2,0
2001	3441,2	4146,5	167334,3	0,4	0,6	1,3
2002	3429,6	4141,6	168195,5	-0,3	-0,1	0,5
2003	3438,1	4145,5	168633,2	0,2	0,1	0,3
2004	3463,2	4186,2	169705,6	0,7	1,0	0,6
2005	3492,2	4196,6	170832,8	0,8	0,2	0,7
2006	3523,1	4224,9	172233,6	0,9	0,7	0,8

Anmerkung: Lt. HSV ohne geringfügig Beschäftigte und ohne Schulungsteilnehmer mit DLU-Beihilfe; 2005 und 2006: Prognosen.

Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von HSV (Hauptverband der Sozialversicherungen) und Eurostat (AMECO); administrative Daten vs. Stichprobe.

Die Arbeitslosenquote ist mit 4,5 % im Europavergleich unterdurchschnittlich hoch, der Abstand zur EU hat sich allerdings verringert. Die EU-Quote bezieht Arbeitslose, die eine geringfügige Beschäftigung ausüben (ab 1 Stunde pro Woche), ebenso wie saisonal bedingte Arbeitslose (ohne aktive Arbeitssuche) nicht ein. Die österreichische Berechnung (7,1 %) enthält auch Personen mit Wiedereinstellungszusage, nicht aber SchulungsteilnehmerInnen. Nach dieser Berechnung lag die Arbeitslosenquote in Österreich im Jahr 2000 bei 5,8 %, auf ihrem Höhepunkt der 90er Jahre (1998) bei 7,2 %³. Ein erheblicher Teil des Arbeitskräftepotentials älterer Personen geht durch Frühpensionierung oder Erwerbsunfähigkeit verloren. Die Anzahl der Frühpensionen ist in jüngster Zeit gesunken, jene in der Erwerbsunfähigkeit gestiegen. Die Beschäftigungsquote der älteren ArbeitnehmerInnen liegt in Österreich mit nur 30 % an 19. Stelle der EU 25 (vgl. Anhang A1).

³ Diese Rate wurde nur in einem einzelnen Jahr erreicht, lag vorher und nachher niedriger und bezog sich auf eine geringere Zahl der Erwerbstätigen.

Übersicht 5: Die Arbeitslosenrate in Österreich und der EU

	Gesamt		EU15	Deutschland	Italien
	lt. Eurostat	lt. AMS			
1994	3,8	6,5	10,5	8,2	11,0
1995	3,9	6,6	10,1	8,0	11,5
1996	4,4	7,0	10,2	8,7	11,5
1997	4,4	7,1	10,0	9,7	11,6
1998	4,5	7,2	9,4	9,1	11,7
1999	3,9	6,7	8,7	8,4	11,3
2000	3,7	5,8	7,8	7,8	10,4
2001	3,6	6,1	7,4	7,8	9,4
2002	4,2	6,9	7,7	8,7	9,0
2003	4,3	7,0	8,1	9,6	8,6
2004	4,5	7,1	8,0	9,0	8,0
2005	4,5	7,1	8,0	9,0	7,9
2000-2005	0,8	1,3	0,2	1,2	-2,5

Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (AMECO) und AMS.

Bei den drei Indikatoren zum sozialen Zusammenhalt (vgl. Anhang A2) liegt Österreich überdurchschnittlich. Bei der Armutsgefährdung nimmt Österreich die 7. Stelle unter den 25 Mitgliedsländern ein (12 % sind gefährdet gegenüber 16 % in der EU 15). Die österreichische Position ist ungünstiger, als es der Einkommensposition entspricht, allerdings steigt auch die relative Armutsgrenze mit dem Pro-Kopf-Einkommen. Die Beschäftigungsquoten sind regional relativ ausgeglichen (noch weniger als in Österreich differieren sie regional nur in den Niederlanden), die Langzeitarbeitslosenquote liegt in Österreich bei 1,2 %, im Schnitt der EU 15 bei 3,3 % (4 % in der EU 25).

Bei den Umweltindikatoren liegt Österreich dort, wo die EU-Strukturindikatoren das Niveau werten, gut; innerhalb der EU-Strukturindikatoren ist das bei der Energieintensität der Fall (2. Stelle). Dort, wo die Entwicklung gewertet wird - Anstieg der Treibhausgase und des Gütervolumens - ist die österreichische Position dagegen sehr schlecht (jeweils 18. Rang).

Die Pro-Kopf-Produktivität ist in Österreich nur leicht überdurchschnittlich. Hier schlagen sich die statistisch etwas überhöhten Beschäftigungszahlen spiegelverkehrt in einer statistisch zu geringen Produktivität nieder. Die Produktivitätsdynamik ist gesamtwirtschaftlich und besonders im industriellen Sektor überdurchschnittlich.

Mittelfristig erwartet das WIFO ein Wachstum der österreichischen Wirtschaft für 2003 bis 2008 um 2,3 %. Diese prognostizierte Wachstumsrate ist geringfügig höher als im Euro-Raum und der EU 15, sie liegt etwa im Bereich der EU 25. Das höhere Wachstum wird auf Grund der Dynamik in den neuen Mitgliedsländern (und in Südosteuropa), der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, des geringen Konsolidierungsbedarfs des öffentlichen Sektors und der verbesserten Standortbedingungen erwartet. Die prognostizierte Wachstumsrate wird jedoch

nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Die Beschäftigung steigt zwar mit rund 30.000 pro Jahr, das Arbeitsangebot nimmt aber ähnlich stark zu. Die Berechnungen der im Rahmen der mittelfristigen WIFO-Prognose zeigen, dass die Arbeitslosigkeit erst dann deutlich sinkt, wenn das Wachstum um rund 2,5 % liegt.

4. Bisherige wirtschaftspolitische Ansätze

Ein Überblick über die bisher in Österreich ergriffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zur Hebung des Wachstums und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit müsste alle für die wirtschaftliche Entwicklung relevanten Gesetze einbeziehen (inkl. Pensionsreform, Universitätsreform etc.) und würde den Rahmen dieser Kurzstudie sprengen. In Österreich wurden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Strukturreformen eingeleitet, die die Qualität der öffentlichen Finanzen verbessern sollen: Pensionsreformen; effizienzsteigernde Strukturreformen in der öffentlichen Verwaltung (z.B. Straffung der Finanzverwaltung, Abbau von Doppelgleisigkeiten; Personalabbau). Die nicht-investiven öffentlichen Ausgaben (Verwaltung, Personal, Transfers) werden langfristig eingedämmt, um damit zusätzliche Spielräume für wachstumsfördernde Ausgaben zu schaffen. Hierzu gehören auch Ausgliederungen (z.B. Universitäten) sowie Reformen in öffentlichen Unternehmen (ÖBB) bzw. deren teilweise Privatisierung oder Reformen in der Förderlandschaft (FGG).

Wir konzentrieren uns im Rahmen dieser Kurzstudie auf vier Maßnahmenpakete: die Konjunkturpakete im Dezember 2001 und September 2002, das Wachstumspaket 2004 und die Steuerreform 2004/2005⁴.

4.1 Konjunkturbelebungs pakete I und II (Dezember 2001 bzw. September 2002)

Die Pakete beinhalteten einerseits Steuererleichterungen, andererseits Ausgabenerhöhungen. Angesichts der Absicht, den Staatshaushalt auf mittlere Sicht zu konsolidieren, und des Risikos, dass der Aufwand des Staates durch Importe oder Mitnahmeeffekte verpuffen könnte, wurde das Volumen der Maßnahmen von vornherein ziemlich beschränkt.

Steuererleichterungen im Konjunkturpaket I

1. Befristete vorzeitige Abschreibung: Erhöhung des Abschreibungssatzes für bauliche Objekte von ursprünglich 3 % durch einen auf das Jahr 2002 befristeten vorzeitigen Abschrei-

⁴ Die Darstellung folgt Schratzenstaller (2004).

bungssatz (7 %) auf 10 %; Begrenzung auf Herstellungsvolumen von maximal 3,8 Mio. € und damit maximale Sonderabschreibung 266.000 €.

2. Forschungsfreibetrag/Forschungsprämie: Erweiterung der steuerlich begünstigten Forschungsaufwendungen (Frascati Manual), Einführung eines Forschungsfreibetrags von 10% und einer Forschungsprämie von 3% für Forschungsaufwendungen nach der Neudefinition.
3. Bildungsfreibetrag/Bildungsprämie: Einführung einer Bildungsprämie von 6%, Anhebung des Bildungsfreibetrags von 9% auf 20%.
4. Steuerbegünstigungen für Betriebsübertragungen: Ausweitung der Steuerbegünstigungen für Betriebsneugründungen auf Betriebsübertragungen; Grunderwerbsteuerbefreiung bis zu einem maßgeblichen Grundstückswert von 75.000 €.

Ausgaben im Konjunkturpaket I

1. BIG: Vorziehen baureifer Projekte der Bundesimmobiliengesellschaft: Vorfinanzierung von 17 baureifen Projekten durch die BIG und Refinanzierung von den künftigen Nutzerressorts über Mietzahlungen; durch Abschluss der Mietverträge der Nutzerressorts BMBWK und BMJ werden Investitionen von 143 Mio. € vorgezogen.
2. Hochbaumilliarde: Sonderfinanzierung von jeweils 19,6 Mio. € 2001 bis 2003 für Bundeshochbau.
3. National Heritage: Vorziehen von Unterstützungsmaßnahmen für National Heritage in Höhe von 1 Mio. €.
4. Infrastruktur: Ausweitung der außerbudgetären Finanzierungsrahmen im Bereich der Infrastruktur: Erhöhung des jährlichen Finanzierungsvolumens (470 Mio. €) 2002 bis 2004.

<i>Konjunkturbelebungspaket I</i>		
Maßnahme	Geltungsdauer	Volumen (Mio. €) p. a.
Befristete vorzeitige Abschreibung	2002/21)	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	73
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Steuerbegünstigungen Betriebsübertragungen	Unbefristet	51
BIG	2002	143
Hochbaumilliarde	2001 bis 2003	20
National Heritage	2002	1
Infrastruktur	2002 bis 2004	470

Q: Bundesministerium für Finanzen. – 1) Wird in den Jahren 2003 und 2004 budgetär wirksam.

<i>Gesamtvolumen Konjunkturbelebungspaket I (Mio. €)</i>						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Steuerliche Maßnahmen ¹⁾	-	16	218	215	142	142
BIG	-	143	-	-	-	-
Hochbaumilliarde	20	20	20	-	-	-
National Heritage	-	1	-	-	-	-
Infrastruktur	-	470	470	470	-	-
Gesamt	20	650	708	685	142	142

Q: Bundesministerium für Finanzen; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. – 1) Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, da die vorzeitige Abschreibung nur in den Jahren 2003 und 2004 budgetäre Auswirkungen hat.

Steuer-/Abgabenerleichterungen im Konjunkturpaket II

1. Investitionszuwachsprämie: Zeitlich befristete Investitionszuwachsprämie für 2002 und 2003 von 10 % (Baseline-Investitionen der vorhergehenden 3 Jahre); kann nur für Investitionen in ungebrauchte, körperliche und abnutzbare Wirtschaftsgüter in Anspruch genommen werden (nicht z. B. für Pkw und Kombis, Software etc.); Ausnahme: bei Investitionen in behindertengerechte Einrichtungen gilt Prämie auch für unbewegliche Wirtschaftsgüter. Investitionsvolumen auf 3,8 Mio. € p. a. begrenzt.
2. Befristete vorzeitige Abschreibung: Verlängerung der befristeten vorzeitigen Abschreibung bis Ende 2003.
3. Forschungsfreibetrag/Forschungsprämie: Erhöhung des Forschungsfreibetrags (von 10 % auf 15 %) und der Forschungsprämie (von 3 % auf 5 %) für Forschungsaufwendungen nach Definition des Frascati Manual.

4. Bildungsfreibetrag/Bildungsprämie: Erweiterung von Bildungsfreibetrag bzw. Bildungsprämie auf innerbetriebliche Bildungsaktivitäten und Ausweitung auf Karenzgeld- und Kindergeldbezieher.
5. Steuerbegünstigung kapitalgedeckter Altersvorsorge⁵⁾.
6. Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge: Entfall der Beiträge zur Unfallversicherung; Sistierung von Arbeitslosen- und Krankenversicherung für die ersten zwei Jahre.
7. Abzugsfähigkeit von Aufwendungen für Umschulungsmaßnahmen in Branchen mit rückläufigen Arbeitsplatzchancen.
8. Lehrlingsprämie: 1.000 € jährlich als Ersatz für den bisher gewährten Lehrlingsfreibetrag.

<i>Konjunkturbelebungs paket II</i>		
<i>Maßnahme</i>	<i>Geltungsdauer</i>	<i>Volumen (Mio. €) p. a.</i>
Investitionszuwachsprämie	2002 bis 2003	100
Befristete vorzeitige Abschreibung	2003 ¹⁾	73
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet	40
Bildungsfreibetrag, Bildungsprämie	Unbefristet	22
Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge	Unbefristet	75
Lehrlingsprämie 1.000 € p. a.	Unbefristet	120
Jugend- und Lehrlingsbildungspaket	2002 bis 2003	75
Jugendausbildungssicherungsgesetz	2002 bis 2003	20
Betreuungs- und Pflegeberufe	k. A.	10
Umweltförderungsgesetz	2002	10
Biomasseförderung	2003	5

Q: Bundesministerium für Finanzen. – 1) Wird im Jahr 2005 budgetär wirksam.

Ausgaben im Konjunkturpaket II

1. Jugend- und Lehrlingsbildungspaket: 18-monatige Qualifizierungsmaßnahme für minderqualifizierte Jugendliche unter 25 Jahren, die länger als 3 Monate beim AMS vorgemerkt sind.
2. Jugendausbildungssicherungsgesetz: Maßnahmen im Bereich des Jugendausbildungssicherungsgesetzes, Schwerpunkt Jugendliche zwischen 15 und 18 Jahren sowie behinderte Jugendliche; 3000 Lehrgangsplätze durch Verlängerung des JASG IV (2001/2002)⁶⁾.

⁵⁾ Begünstigung bis zu 1.851 € jährlicher Prämie ab 2003; wird mit der Höchstbemessungsgrundlage im ASVG fortgeschrieben. Das steuerliche Entlastungsvolumen steigt von 50 Mio. € im Jahr 2003 auf 100 Mio. € jährlich ab 2006.

⁶⁾ Das JASG IV stellte 15,6 Mio. € für 2000 Lehrgangsplätze zur Verfügung.

3. Heimfahrtsbeihilfe: Einführung einer Heimfahrtsbeihilfe für Lehrlinge und Schüler für Familienheimfahrten am Wochenende.
4. Betreuungs- und Pflegeberufe: Erhöhung der Zahl der Stellen (von 1.000 auf 2.000).
5. Umweltförderungsgesetz: Erhöhung des Zusagerahmens für erneuerbare Energien für 2002.
6. Biomasseförderung: Aufstockung der bäuerlichen Biomasseförderung um 5 Mio. € für 2003.

<i>Gesamtvolumen Konjunkturbelebungspaket II (Mio. €)</i>					
	<i>2002</i>	<i>2003</i>	<i>2004</i>	<i>2005</i>	<i>2006</i>
Steuerliche Maßnahmen ¹⁾	-	331	347	322	399
Lohnnebenkostensenkung für Lehrlinge	-	75	75	75	75
Jugend- und Lehrlingsbildungspaket	-	75	-	-	-
Jugendausbildungssicherungsgesetz	-	20	-	-	-
Betreuungs- und Pflegeberufe ²⁾	-	10	10	10	10
Umweltförderungsgesetz	10	-	-	-	-
Biomasseförderung	-	5	-	-	-
Gesamt	10	516	432	407	484

Q: Bundesministerium für Finanzen; Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit. – 1) Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des Bundesministeriums für Finanzen ab, weil die vorzeitige Abschreibung nur im Jahr 2005 budgetär wirksam wird. – 2) Hier wird angenommen, dass die Maßnahme unbefristet läuft; es liegt keine Konkretisierung des Zeitraums vor.

4.2 Auswirkungen der Konjunkturbelebungspakete I und II

Die Auswirkungen der Pakete I und II wurden vom WIFO im Spätsommer 2003 wie folgt bewertet:

Lehrlingsprämie: sie erhöhte 2003 die Ausbildungsaktivitäten von ¼ der ausbildenden Unternehmen (WIFO-Befragung).

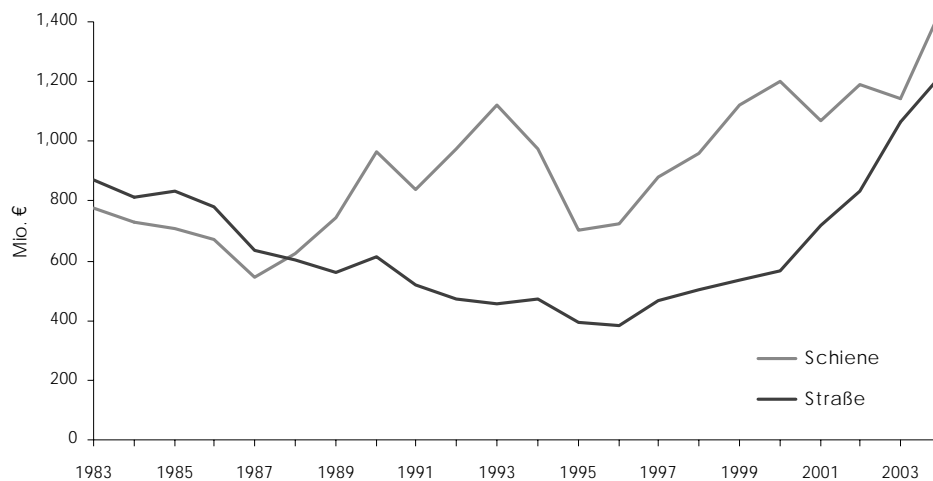
Infrastrukturausgaben erhöhten das BIP 2002 um bis zu ¼%, 2003 um bis zu ½%.

Übersicht 6: *Bruttoinvestitionen in die Infrastruktur, nominell*

	Bundesstraßen			Insgesamt	Schiene	
	Insgesamt	Bund ¹⁾⁵⁾	ASFINAG ²⁾		ÖBB ³⁾	HL-AG ⁴⁾ BEG
	Mio. €				Mio. €	
1983	869,31	531,31	338,00	776,73	776,73	–
1984	814,74	479,28	335,46	731,31	731,31	–
1985	835,52	467,65	367,87	706,45	706,45	–
1986	782,61	425,43	357,19	671,42	671,42	–
1987	632,84	356,24	276,59	545,41	545,41	–
1988	602,02	302,03	299,99	624,55	624,55	–
1989	559,00	277,32	281,68	744,39	743,95	0,44
1990	614,09	274,99	339,09	963,79	954,85	8,94
1991	521,35	227,32	294,03	836,90	809,28	27,62
1992	473,03	241,42	231,61	976,07	878,25	97,82
1993	453,99	230,23	223,76	1.123,09	1.003,25	119,84
1994	472,16	281,03	191,13	974,62	881,67	92,95
1995	393,09	258,13	134,95	704,13	618,88	85,25
1996	383,86	287,93	95,93	722,08	640,47	81,61
1997	469,20	180,30	288,90	883,02	798,02	85,00
1998	503,00	176,50	326,50	960,70	751,70	209,00
1999	533,10	181,70	351,40	1.120,00	843,00	277,00
2000	565,60	144,80	420,80	1.198,70	806,70	392,00
2001	716,50	171,50	545,00	1.071,00	732,00	339,00
2002	832,60	170,00	662,60	1.191,00	861,00	330,00
2003	1.066,50	170,00	896,50	1.145,00	728,00	417,00
2004	1.220,00	170,00	1.050,00	1.439,70	854,70	585,00

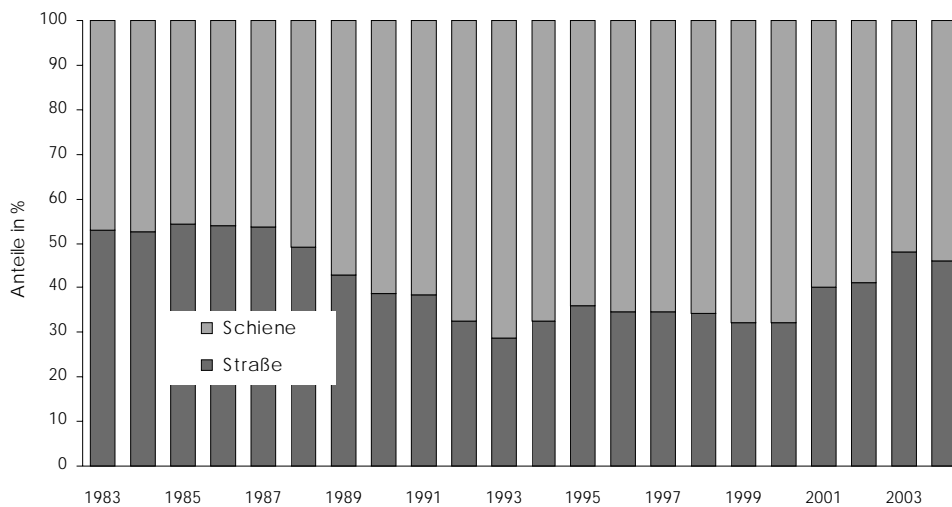
Q: Statistik Austria; ASFINAG, ÖBB, SCHIG; – 1) Bruttoinvestitionen in Straßen und Brücken; – 2) Gesamtkosten Bauprogramm; – 3) Infrastrukturinvestitionen; – 4) Investitionen in die Schieneninfrastruktur, HL-AG und BEG; – 5) ab 2002 Annahme: 170 Mio. € Investitionen in Bundesstraßen B durch Länder.

Abbildung 3: *Entwicklung der Investitionen in Bundesstraßen B, A, S und Schiene, nominell*



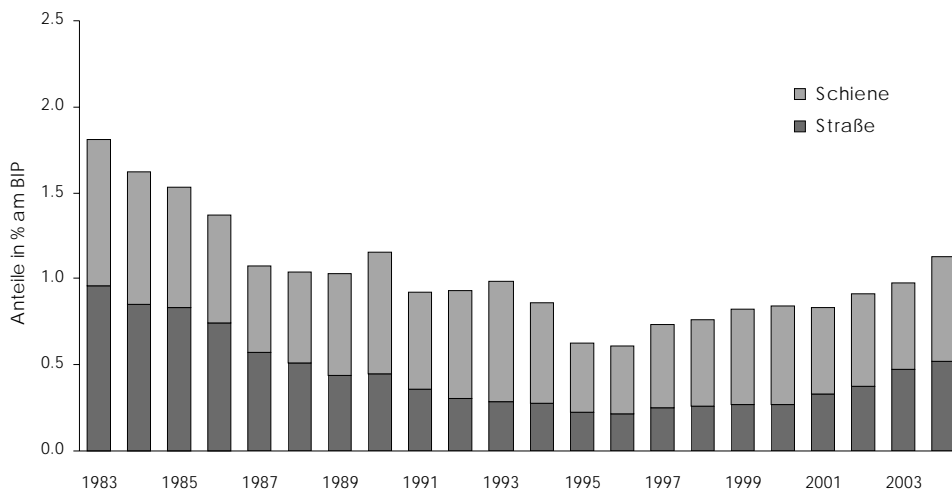
Q: Statistik Austria; ASFINAG, ÖBB, SCHIG.

Abbildung 4: Entwicklung der Investitionen in Bundesstraßen B, A, S und Schiene, nominell



Q: Statistik Austria; ASFINAG, ÖBB, SCHIG.

Abbildung 5: Investitionen in Bundesstraßen und Schiene, Anteil am BIP in %



Q: Statistik Austria; ASFINAG, ÖBB, SCHIG.

Die *Investitionszuwachsprämie* trug knapp $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt zum BIP-Anstieg bei; 10 % der befragten Unternehmen gaben 2003 an, die IZP habe zu einer Steigerung ihrer Investitionstätigkeit beigetragen.

3 % (15 %) der Sachgütererzeuger (Dienstleister) mit F&E-Aktivitäten gaben 2003 an, Forschung zu betreiben, die ohne Freibetrag/Prämie nicht zustande gekommen wäre; $\frac{1}{3}$ der forschenden Unternehmen nahm Freibetrag/Prämie in Anspruch.

17 % (22 %) der Weiterbildung anbietenden Sachgütererzeuger (Dienstleister) gaben 2003 wegen Bildungsfreibetrag/Prämie mehr für Weiterbildung aus.

<i>Steuerliche Entlastungswirkungen der Konjunkturbelebungsapakete I und II (Mio. €)¹⁾</i>				
	2003	2004	2005	2006
Konjunkturbelebungspaket I	-218	-215	-142	-142
Konjunkturbelebungspaket II	-331	-347	-322	-399
Gesamt	-549	-562	-464	-541

Q: Bundesministerium für Finanzen. – ¹⁾ Das Gesamtvolumen weicht von den Angaben des BMF ab, weil die vorzeitige Abschreibung nur in den Jahren 2003 bis 2005 budgetär wirksam wird.

4.3 Wachstumspaket 2004

Angesichts der nicht nur konjunkturellen Wachstumsschwäche und der Anzeichen der Erholung der Weltkonjunktur konzentriert sich das Maßnahmenpaket 2004 auf Maßnahmen zur Anhebung des mittelfristigen Wachstumspfades. Den quantitativ größten Teil macht allerdings die Verlängerung der Investitionszuwachsprämie aus.

Eine Evaluation des Wachstumspaketes 2004 liegt noch nicht vor. Die Steuerausfälle durch die Investitionszuwachsprämie waren zunächst unterschätzt worden, sie beliefen sich insgesamt auf 1,7 Mrd. €.

<i>Maßnahme</i>	<i>Geltungsdauer</i>	<i>Volumen (Mio. €) p. a.</i>
Forschungsfreibetrag, Forschungsprämie	Unbefristet (ab 2004)	100
Investitionszuwachsprämie	2004	600 ¹⁾
Exportförderoffensive	2003 – 2004	25
Breitbandinitiative	2004	10
Nationalstiftung Forschungsförderung	unbefristet (ab 2004)	125
vorzeitige Abschreibung bei katastrophengebinder Ersatzbeschaffung bei Gebäuden und sonstigen Wirtschaftsgütern	2004	20
Lehrlingsausbildung/Jugendbeschäftigung	unbefristet (ab 2004)	23
Biomasse-Impulsprogramm	k.A.	5
Sechs-Millionen-Euro-Programm für Behinderte	k.A.	6
Bauwirtschaft	k.A.	63

¹⁾ Ausfall wurde geschätzt für 2005 ebenfalls ca. 600 Mio. €, für 2007 ca. 100 bis 200 Mio. €.

4.4 Steuerreform 2004/2005

Die Steuerreform 2004/05 brachte die erste umfangreichere Steuerentlastung seit der Steuerreform 2000⁷⁾ und der deutlichen Aufstockung familienpolitischer Leistungen, die damals ebenfalls vorgenommen wurde (zu Einzelheiten vgl. *Lehner, 1999*)⁸⁾. Sie wurde in zwei Etappen umgesetzt: die Steuerreformstufe 2004 umfasst ein Volumen von insgesamt knapp

⁷⁾ Einige dieser Entlastungen wurden im Zuge der Konsolidierungsbemühungen im Jahr 2000 wieder zurückgenommen (*Kramer, 2001, Breuss – Kaniowski – Lehner, 2004*).

⁸⁾ In den letzten Jahren wurden insgesamt drei Konjunkturbelebungs- bzw. Wachstums- und Standortpakete verabschiedet, die u. a. erhebliche Steuerbegünstigungen vorsehen (*Schratzenstaller et al., 2003*); diese werden im Folgenden jedoch nicht berücksichtigt. Das verstehe ich nicht – du hast doch oben diese Pakete behandelt???

0,5 Mrd. € (vgl. Übersicht 7). Die Etappe 2005 enthält Maßnahmen im Umfang von gut 2,5 Mrd. €, In Summe beträgt die jährliche Steuerentlastung ab 2007, wenn alle Maßnahmen voll wirksam sind, rund 3 Mrd. € (1,2 % des BIP). Die Abgabenquote wird gemäß dem aktuellen österreichischen Stabilitätsprogramm (*Bundesministerium für Finanzen, 2003*) vorwiegend aufgrund der steuerreformbedingten Mindereinnahmen von 43,2 % im Jahr 2003 auf 41,9 % im Jahr 2007 sinken.

Übersicht 7: Maßnahmen und Entlastungsvolumen der Steuerreform 2004/05

	2004	2005	2006	2007
	Mio. €			
<i>Lohn- und Einkommensteuer</i>	- 529	-1.851	-2.223	-2.173
Erste Etappe (2004)	- 329	- 601	- 793	- 793
Tarifreform	- 320	- 380	- 380	- 380
Eigenkapitalbegünstigung	-	- 200	- 400	- 400
Absetzbarkeit von Studienbeiträgen	-	- 3	- 3	- 3
Gleichbehandlung ausländischer Kapitaleinkünfte	- 5	- 10	- 10	- 10
Förderung von Breitbandtechnik	- 4	- 8	-	-
Zweite Etappe (2005)	- 200	-1.250	-1.430	-1.380
Tarifreform	-	- 950	-1.150	-1.100
Anhebung der Kinderzuschläge zum Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag	- 160	- 240	- 200	- 200
Anhebung der Zuverdienstgrenze für den Alleinverdiener- bzw. Alleinerzieherabsetzbetrag	- 25	- 35	- 30	- 30
Anhebung der Obergrenze für Kirchenbeiträge	-	-	- 30	- 30
Anhebung des Pendlerpauschale	- 15	- 25	- 20	- 20
<i>Körperschaftsteuerreform</i>	-	- 500	-1.575	-1.100
Körperschaftsteuer (netto) ¹⁾	-	- 500	-1.450	- 975
Einführung der Gruppenbesteuerung	-	-	- 100	- 100
Ausweitung der Berücksichtigung versicherungstechnischer Rückstellungen	-	-	- 25	- 25
<i>Verbrauchssteuern</i>	+ 300	+ 295	+ 232	+ 232
Erste Etappe (2004)	+ 300	+ 310	+ 310	+ 310
Anhebung der Mineralölsteuer	+ 200	+ 240	+ 240	+ 240
Anhebung der Energieabgaben	+ 135	+ 117	+ 117	+ 117
Umsatzsteuer auf Mineralölsteuer, Energieabgaben	+ 40	+ 43	+ 43	+ 43
Abschaffung der Straßenbenützungsabgabe	- 75	- 90	- 90	- 90
Zweite Etappe (2005)	-	- 15	- 78	- 78
Abschaffung der Schaumweinsteuer	-	- 10	- 20	- 20
Senkung der Biersteuer	-	- 5	- 8	- 8
Senkung der Mineralölsteuer auf Agrardiesel	-	-	- 50	- 50
<i>Gesamtvolumen der Steuerreform 2004/05</i>	- 229	-2.056	-3.566	-3.041
In % des BIP	- 0,1	- 0,9	- 1,4	- 1,2
Erste Etappe (2004)	- 29	- 291	- 483	- 483
Zweite Etappe (2005)	- 200	-1.765	-3.083	-2.558

Q: *Kaniovski – Schratzenstaller (2004)*. + . . . Aufkommenserhöhung, - . . . Aufkommenssenkung –
¹⁾ Bruttoentlastung durch Steuersatzsenkung saldiert mit Belastung durch Verbreiterung der Bemessungsgrundlage.

Die Steuerreform betrifft die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer sowie einige spezielle Verbrauchsteuern. Der Großteil der Steuerentlastungen entfällt auf die Lohn- und

Einkommensteuer (knapp 2,2 Mrd. €). Die Mindereinnahmen aus der Körperschaftsteuer betragen 1,1 Mrd. €. Die Belastung mit speziellen Verbrauchsteuern steigt per Saldo um 232 Mio. €.

Übersicht 8: Abgabenquoten im EU-Vergleich

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2000/2005
Belgien	45,1	45,4	45,8	46,5	46,1	46,0	46,2	46,5	45,7	45,9	45,8	45,1	-0,2
Dänemark	49,4	49,6	49,8	50,2	51,5	49,7	50,0	48,9	48,9	50,1	49,1	48,6	-0,6
Deutschland	41,3	42,1	42,1	42,1	42,8	43,0	41,2	40,6	40,7	39,9	39,6	39,5	-3,4
Griechenland	32,6	33,0	34,3	36,3	37,3	38,8	37,1	37,6	36,5	36,9	37,4	37,6	-1,4
Spanien	33,4	33,8	34,2	34,5	35,1	35,6	35,4	36,1	36,3	36,6	36,8	36,8	1,2
Frankreich	43,6	44,8	44,9	44,8	45,5	45,0	44,7	43,8	43,8	44,1	44,3	44,2	-0,7
Irland	33,5	33,6	32,9	32,1	32,1	32,0	30,2	28,9	30,0	31,0	30,0	29,7	-2,0
Italien	41,2	42,8	44,7	43,2	43,3	42,7	42,5	42,1	42,9	41,9	41,1	40,6	-1,6
Luxemburg	42,4	42,4	41,5	40,2	40,6	40,5	40,7	41,3	41,3	40,4	40,0	39,9	-0,5
Niederlande	40,6	40,8	40,7	40,3	41,7	41,5	40,0	39,4	39,3	39,6	39,8	41,7	-1,7
Österreich	41,9	42,7	44,6	44,6	44,3	43,4	45,4	44,3	43,5	43,2	42,1	41,6	-1,3
Portugal	33,6	34,4	34,7	34,9	36,0	36,4	35,7	36,6	37,1	36,7	36,6	36,7	0,2
Finnland	46,4	47,6	46,8	46,7	47,1	48,1	46,2	45,9	44,9	44,3	44,5	44,2	-3,6
Schweden	49,7	52,0	52,5	53,3	53,9	53,8	51,8	50,1	50,8	50,7	50,1	49,8	-3,7
Großbritannien	36,0	35,5	36,1	37,1	37,5	38,1	37,9	36,4	36,5	37,2	37,6	38,0	-0,5
EU 15	40,8	41,5	41,8	41,7	42,2	42,1	41,4	40,7	40,8	40,7	40,6	40,6	-1,5

Q: Europäische Kommission, EU-Frühjahrsprognose 2005, 04.04.2005.

Übersicht 9: Staatsausgabenquoten im EU-Vergleich

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2000/2005
Belgien	52,9	52,8	51,4	50,7	50,1	49,2	49,3	50,2	50,9	49,5	49,3	49,0	0,1
Dänemark	59,9	59,3	57,3	56,8	55,5	54,1	54,3	54,9	55,3	55,0	54,3	53,5	0,2
Deutschland	49,4	50,3	49,3	48,8	48,7	45,7	48,3	48,7	48,8	47,5	47,0	46,2	1,3
Griechenland	51,0	49,2	47,8	47,8	47,6	52,0	50,2	49,0	48,0	50,0	48,8	48,7	-3,2
Spanien	45,0	43,7	41,8	41,4	40,2	39,9	39,7	40,1	39,7	40,5	40,4	40,4	0,5
Frankreich	55,2	55,4	54,8	53,7	53,4	52,5	52,5	53,4	54,6	54,5	54,5	54,4	2,0
Irland	41,6	39,7	37,5	34,8	34,4	32,0	33,6	33,9	34,4	34,3	35,1	34,6	3,1
Italien	53,4	53,2	51,1	49,6	48,8	46,9	49,0	48,2	49,2	48,4	48,2	48,5	1,3
Luxemburg													0,0
Niederlande	51,4	49,6	48,2	47,2	46,9	45,3	46,6	47,8	49,0	48,0	47,9	49,2	2,6
Österreich	56,7	55,9	53,6	53,9	53,7	52,0	51,4	51,0	51,2	50,7	50,1	49,2	-1,9
Portugal	45,0	45,8	44,8	44,1	45,2	45,1	46,3	45,9	47,7	46,7	47,4	47,8	2,3
Finnland	59,6	59,7	56,4	52,8	52,1	49,1	49,2	50,0	50,8	50,4	50,3	49,8	1,2
Schweden	67,8	65,2	62,9	60,8	60,2	57,4	57,0	58,1	58,4	57,0	57,0	56,6	-0,4
Großbritannien	44,9	42,9	41,3	40,1	39,6	37,4	40,9	41,7	43,4	43,6	44,0	44,1	6,6
EU 15	51,3	50,9	49,3	48,2	47,7	45,8	47,3	47,7	48,5	48,0	47,9	47,7	2,1

Q: Europäische Kommission, EU-Frühjahrsprognose 2005, 04.04.2005.

Übersicht 10: Budgetdefizite im EU-Vergleich

	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2000/2005
Belgien	-4,4	-3,8	-2,0	-0,6	-0,4	0,2	0,6	0,1	0,4	0,1	-0,2	-0,4
Dänemark	-3,1	-1,9	-0,5	0,2	2,4	1,7	2,0	0,7	0,3	2,8	2,1	0,4
Deutschland	-3,3	-3,4	-2,7	-2,2	-1,5	1,3	-2,8	-3,7	-3,8	-3,7	-3,3	-4,6
Griechenland	-10,2	-7,4	-4,0	-2,5	-1,8	-4,1	-3,6	-4,1	-5,2	-6,1	-4,5	-0,4
Spanien	-6,6	-4,9	-3,2	-3,0	-1,2	-0,9	-0,4	-0,1	0,4	-0,3	0,0	0,9
Frankreich	-5,5	-4,1	-3,0	-2,7	-1,8	-1,4	-1,5	-3,2	-4,1	-3,7	-3,0	-1,6
Irland	-2,1	-0,1	1,1	2,4	2,6	4,4	0,9	-0,4	0,2	1,3	-0,6	-5,0
Italien					-1,7	-0,6	-3,0	-2,6	-2,9	-3,0	-3,6	-3,0
Luxemburg	2,5	2,0	2,9	3,2	3,4	6,2	6,2	2,3	0,5	-1,1	-1,5	-7,7
Niederlande	-9,1	-1,8	-1,1	-0,8	0,7	2,2	-0,1	-1,9	-3,2	-2,5	-2,0	-4,2
Österreich	-5,6	-3,9	-1,8	-2,3	-2,2	-1,5	0,3	-0,2	-1,1	-1,2	-2,0	-0,5
Portugal	-5,5	-4,8	-3,6	-3,2	-2,8	-2,8	-4,4	-2,7	-2,9	-2,9	-4,9	-2,1
Finnland	-3,9	-2,9	-1,3	1,6	2,2	7,1	5,2	4,2	2,3	2,1	1,7	-5,4
Schweden	-7,0	-2,7	-0,9	1,8	2,5	5,1	2,8	0,0	0,7	1,4	0,8	-4,3
Großbritannien	-5,8	-4,2	-2,2	0,1	1,0	1,5	0,8	-1,6	-3,3	-3,1	-3,0	-4,5
EU 15					-0,7	0,5	-1,1	-2,2	-2,7	-2,6	-2,5	-3,0
EU 25					-0,7	0,5	-1,1	-2,2	-2,7	-2,6	-2,5	-3,0

Q: Europäische Kommission, EU-Frühjahrsprognose 2005, 04.04.2005.

4.5 Tarifreform in der Lohn- und Einkommensteuer

Den größten Teil der Entlastung im Bereich der Lohn- und Einkommensteuer bewirkt die Reform des Steuertarifs. Mit der Steuerreformstufe 2004 wurde der allgemeine Absetzbetrag von 887 € auf 1.264 € angehoben. Weiterhin gilt eine (wenn auch wesentlich vereinfachte) Einschleifregelung: Der allgemeine Absetzbetrag wird bis zu einem jährlichen steuerpflichtigen Einkommen von 35.511 € gleichmäßig eingeschliffen. Die Reform stellt für Arbeitnehmer ein steuerpflichtiges Einkommen bis 10.000 € bzw. ein Bruttojahreseinkommen bis 14.500 € steuerfrei. Für Selbständige bleibt ein Bruttojahreseinkommen bis 8.888 €, für Pensionisten bis 12.500 € steuerfrei.

2005 wird der allgemeine Absetzbetrag in den regulären Einkommensteuertarif integriert (*Gierlinger – Müller, 2004*). Das Einkommensteuergesetz gibt nicht mehr einen Stufengrenzsatztarif, sondern einen Stufendurchschnittssatztarif an. Als Eckpunkte werden zwei gegebenen steuerpflichtigen Einkommen jeweils der Steuerbetrag und der Durchschnittssteuersatz zugeordnet. Für steuerpflichtige Einkommen über 51.000 € gilt weiterhin ein Grenzsteuersatz von 50 %. Der Tarif wurde von fünf auf vier Tarifzonen reduziert und beruht auf drei Grenzsteuersätzen. Für Arbeitnehmer bleiben Bruttojahreseinkommen bis 15.770 €, für Selbständige bis 10.000 € und für Pensionisten bis 13.500 € steuerfrei.

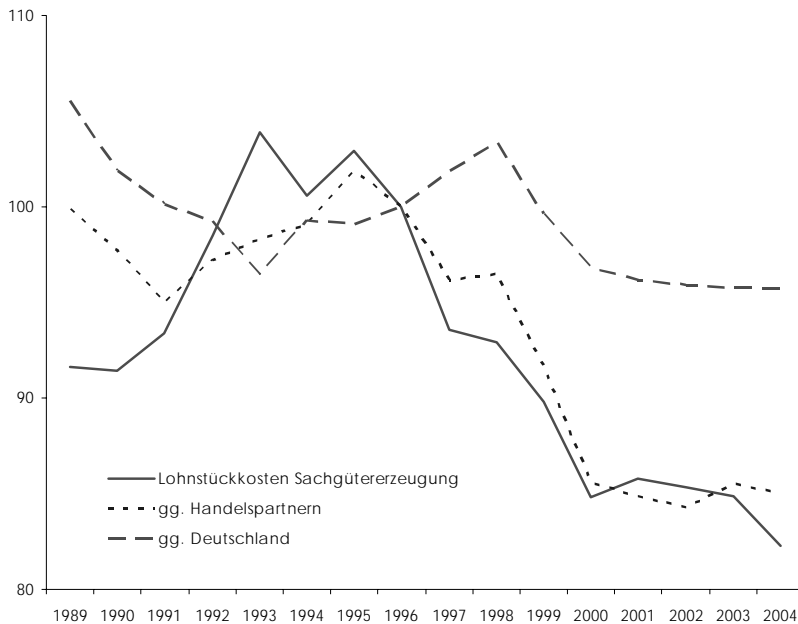
Übersicht 11: Löhne und Beschäftigung

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	1995/2005	1995/2000	2000/2005
	Veränderung gegen das Vorjahr in %											% Veränderung p.a.		
BIP real	2,6	1,8	3,6	3,3	3,4	0,7	1,2	0,8	2,0	2,2	2,3	2,2	2,9	1,4
Bruttoverdienste pro Kopf (nominell)	0,1	0,5	2,6	1,6	2,3	1,3	2,1	2,0	2,2	2,3	2,5	1,7	1,4	2,0
Bruttoverdienste pro Kopf Vollzeitäquivalent (nominell)	0,6	0,9	2,8	2,0	2,2	1,6	1,9	2,1	2,4	2,5	2,7	1,9	1,7	2,1
Realeinkommen pro Kopf brutto	-1,8	-0,9	2,3	0,9	-0,2	-0,6	0,9	0,5	0,2	-0,2	0,7	0,1	0,0	0,2
Realeinkommen pro Kopf netto	-3,6	-2,9	2,7	0,4	0,5	-1,3	0,7	0,0	0,7	0,8	0,4	-0,2	-0,6	0,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte real	0,6	-1,2	2,6	2,5	3,4	0,1	0,2	1,5	1,6	2,3	2,1	1,4	1,6	1,1
Private Konsumausgaben real	3,4	0,0	1,6	2,0	3,9	1,0	-0,1	0,6	1,5	2,0	2,2	1,6	2,2	1,0
Sparquote in % des verfügb. Einkommens	8,6	7,3	8,2	8,8	8,4	7,6	7,8	8,9	9,2	9,6	9,6	-1,3	-2,5	1,2
Aktiv Erwerbstätige: absolut	3314,5	3325,5	3358,9	3397,1	3427,2	3441,2	3429,6	3438,1	3463,2	3492,2	3523,1			
% gg. das Vorjahr	-0,6	0,3	1,0	1,1	0,9	0,4	-0,3	0,2	0,7	0,8	0,9	0,5	0,6	0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte: absolut	2946,1	2956,6	2989,0	3026,2	3054,4	3066,9	3051,9	3057,4	3078,5	3104,0	3130,9			
% gg. das Vorjahr	-0,6	0,4	1,1	1,2	0,9	0,4	-0,5	0,2	0,7	0,8	0,9	0,5	0,6	0,3
Erwerbstätige laut VGR: absolut	3920,2	3954,4	4005,8	4079,7	4122,2	4146,5	4141,6	4145,5	4186,2	4220,6	4257,4			
% gg. das Vorjahr	0,3	0,9	1,3	1,8	1,0	0,6	-0,1	0,1	1,0	0,8	0,9	0,8	1,1	0,5
Vollzeitäquivalent: absolut	3296,8	3314,8	3356,8	3411,5	3457,2	3472,6	3475,8	3477,2	3505,0	3529,6	3557,8			
% gg. das Vorjahr	-0,1	0,5	1,3	1,6	1,3	0,4	0,1	0,0	0,8	0,7	0,8	0,7	0,9	0,4
Arbeitslose lt. AMS: absolut	230,5	233,3	237,8	221,7	194,3	203,9	232,4	240,1	243,9	246,9	246,9			
% gg. das Vorjahr	6,9	1,2	1,9	-6,8	-12,4	4,9	14,0	3,3	1,6	1,2	0,0	1,4	-2,1	4,9
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	-1,8	-0,4	0,0	0,0	-0,3	1,0	0,7	1,3	1,2	0,9	1,1	0,3	-0,5	1,0
Lohnstückkosten Sachgüter	-2,8	-6,4	-0,7	-3,3	-5,6	1,2	-0,6	-0,5	-3,1	-2,1	-1,4	-2,4	-3,8	-1,0
Lohnstückkosten SG gegen Handelspartner1)	-1,9	-3,8	0,3	-5,1	-6,6	-0,8	-0,7	1,4	-0,6	-2,1	-1,4	-2,0	-3,4	-0,6
Lohnstückkosten SG gegen Deutschland1)	0,9	1,8	1,6	-3,7	-2,8	-0,6	-0,3	-0,1	-0,1	-2,1	-1,4	-0,6	-0,5	-0,7

1) In einheitlicher Währung; minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Q: WIFO-Berechnungen.

Abbildung 6: Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung; 1996 = 100



Anmerkung: In einheitlicher Währung; minus bedeutet Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Q: WIFO-Berechnungen.

Die Negativsteuer im Rahmen des Arbeitnehmerabsetzbetrags bleibt unverändert. Gegenüber 2003 wird allerdings der Einkommensbereich, in dem Arbeitnehmer Anspruch auf Negativsteuer haben, ausgeweitet: 2003 wurde die Negativsteuer von höchstens 110 € jährlich bis zu einem steuerpflichtigen Einkommen von 8.400 € gezahlt. Ab einem Jahreseinkommen von 8.800 € entstand eine Lohnsteuerschuld. Nach dem Tarif 2005 liegt die Einkommensgrenze für den höchsten Negativsteuerbetrag bei 10.600 € (Tarif 2004: 9.600 €). Lohnsteuer muss ab 2005 ab einem Einkommen von 10.900 € (2004: 10.000 €) gezahlt werden.

Die makroökonomischen Gesamtwirkungen der Steuerreform wurden vom WIFO mit Hilfe des Makro-Modells des WIFO (*Breuss - Kaniowski - Schratzenstaller, 2004*) ausführlich untersucht. Kurz zusammengefasst ergeben sich die folgenden Wirkungen:

Die Lohn-/Einkommensteuersenkung erhöht mittelfristig den privaten Konsum um 1,5 %.

Die Körperschaftsteuersenkung erhöht mittelfristig die Bruttoinvestitionen um 0,8 %.

Die Steuerreform erhöht insgesamt das reale BIP kumuliert mittelfristig um gut 0,4 %, das nominelle BIP um gut 0,5 %.

4.6 Zusammenfassung nach wachstumsrelevanten Ausgabengruppen

Einen ergänzenden Überblick kann eine Aufgliederung der Maßnahmen auf der Grundlage wichtiger wachstumsrelevanter Größen bieten. Wieder ist eine Beschränkung nötig, nämlich

auf Forschungsausgaben, Bildung und Infrastruktur, die Steuerquote und Ausgaben für den Arbeitsmarkt.

Forschungsausgaben: Die (inländischen) forschungswirksamen Ausgaben des Bundes werden zwischen 2000 und 2006 um 22 % zunehmen. Die Forschungsquote wird durch diese Ausgaben (und die Ausgaben von Firmen und anderen öffentlichen und privaten Quellen) von 1,9 % 1999 auf 2,2 % des BIP im Jahr 2004 steigen (tatsächliche Ausgaben). Damit konnte der EU-Durchschnitt überschritten und der Abstand zur deutschen Forschungsquote, die 1990 noch fast doppelt so hoch gelegen ist wie in Österreich, auf 10 % reduziert werden. Das Lissabonziel liegt bei 3 % des BIP für 2010. Zur Erhöhung der Forschungsquote müssen aber nicht nur die öffentlichen Ausgaben, sondern – entsprechend der Lissabon-Vorgaben – auch die Ausgaben des privaten Sektors zunehmen. Zur Förderung der Forschungsausgaben des privaten Sektors wurden daher Forschungsfreibetrag und -prämie in den letzten Jahren mehrfach ausgeweitet. Auch wurden Strukturreformen durchgeführt, um die zersplitterte österreichische Forschungs(förder)landschaft überschaubarer und damit effizienter zu gestalten: Hervorzuheben ist hier besonders die Einrichtung einer Forschungsstiftung und der FGG sowie die Programmlinien des Forschungsrates.

Infrastruktur: Die Investitionen in die Infrastruktur (einschließlich ausgegliederter Gesellschaften) werden zwischen 2000 und 2006 um 11 % steigen (siehe auch Abschnitt 9).

Bildung: Der Zuwachs der Ausgaben im Bereich Bildung wird sich auf 9 % belaufen. Zur Förderung des lebenslangen Lernens wurden zudem ein Bildungsfreibetrag und eine Prämie (für die Weiterbildung von Mitarbeitern) eingeführt. Eine Evaluierung dieser Maßnahmen wäre empfehlenswert.

Standortverbesserung: Zumindest langfristig wachstumssteigernd sollte die Entlastung der Unternehmen im Rahmen der Steuerreform 2004/2005 wirken: Dies betrifft zum einen die Senkung des Körperschaftsteuersatzes und die Einführung der Gruppenbesteuerung (einschließlich der Möglichkeit, ausländische Verluste in Österreich steuerlich geltend zu machen), die die Attraktivität Österreichs als Standort für Investitionen/Unternehmen erhöhen sollte. Zum anderen sollte die begünstigte Besteuerung einbehaltener Gewinne von Personenunternehmen deren Eigenfinanzierungspotenzial und damit Investitionsfähigkeit stärken.

Zur Überwindung der aufgrund der Konjunkturschwäche in den letzten Jahren steigenden Arbeitslosigkeit werden die Ausgaben für aktive und aktivierende Arbeitsmarktpolitik zwischen 1999 und 2006 mehr als verdoppelt. Zudem sollen Strukturreformen für eine effizientere Vermittlung der Arbeitslosen sorgen: Etwa die Einführung verpflichtender Betreuungspläne für alle Arbeitslosen, die Veränderung der Zumutbarkeitsbestimmungen sowie die Einführung

eines Frühwarnsystems für ArbeitnehmerInnen im Jahr 2005. Die Verweildauer in der Arbeitslosigkeit ist zwischen 1999 und 2004 von 140 Tagen auf 108 Tage gesunken.

Beschäftigungspolitische Maßnahmen umfassen daneben die Einführung der Lehrlingsprämie sowie die Senkung der Lohnnebenkosten für Lehrlinge um 120 Mio. €.

Beschäftigungspolitisch positiv dürfte sich auch die Erhöhung des Grundfreibetrags in der Lohn- und Einkommensteuer durch die Steuerreform 2004/2005 auswirken, da damit die untersten Einkommen entlastet und die Arbeitsanreize in diesem Einkommenssegment verbessert werden.

Auch die Reduktion der Lohnnebenkosten für ältere ArbeitnehmerInnen dürfte positive Beschäftigungswirkungen haben: Hierzu gehören die Abschaffung der Unfallversicherungsbeiträge, der Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds sowie zum Insolvenzentgeltssicherungsfonds und der Arbeitslosenversicherungsbeiträge für ältere Arbeitnehmer.

Im Vergleich zu den gesamten Ausgaben des Bundes steigen nur die Ausgaben für Forschung und für den Arbeitsmarkt überproportional. Die höheren staatlichen Forschungsausgaben gemeinsam mit der höheren steuerlichen Förderung rücken die Erreichung des Zwischenziels einer Forschungsquote von 2,5 % im Jahr 2006 in den Bereich des Möglichen (obwohl die Zielerreichung noch nicht abgesichert ist). Die stark steigenden Ausgaben für den Arbeitsmarkt betreffen noch immer weniger die aktive Arbeitsmarktpolitik als in den meisten EU-Ländern und besonders in Schweden und in Dänemark.

Übersicht 12: Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in % des BIP

	EU 15	Österreich	Deutschland	Dänemark	Schweden
1998		0,292	0,910	1,628	2,260
1999	0,733	0,368	1,004	1,804	1,998
2000	0,681	0,365	0,917	1,641	1,507
2001	0,663	0,423	0,887	1,624	1,341

Q: Europäische Kommission (2004).

5. Notwendigkeit und Spielraum für eine wachstumspolitische Strategie

Die Notwendigkeit, dem Wachstumsziel wieder größere Priorität einzuräumen, wird national und international nunmehr zunehmend anerkannt. Auf europäischer Ebene hat vielleicht die absehbare Verfehlung des Lissabonzieles zur wettbewerbsfähigen Region zu werden und die Vergrößerung des Produktivitätsabstandes zu den USA am stärksten dazu beigetragen; in Österreich wird besonders betont, dass nur bei höherem Wachstum die Arbeitslosigkeit und das Budgetdefizit sinken können und das Pensions- und Gesundheitssystem finanzierbar bleibt. Auch die Probleme der alternden Gesellschaft und die Mobilität der Arbeitskräfte

durch die Osterweiterung sind in einer wachsenden Wirtschaft leichter verkraftbar, und die Beschäftigungschancen besonders für gering qualifizierte Arbeitskräfte sind höher.

Ländervergleichende Analysen wirtschaftspolitischer Strategien zeigen, dass es schwierig ist, durch einzelne Maßnahmen und durch isolierte nationale Strategien den Wachstumspfad zu verändern. Erfolgreich sind Länder, die gleichzeitig in mehreren Politikbereichen das Wachstum forcieren und denen es gelingt, dies in einer regionalen Umgebung ähnlich dynamischer Länder durchzuführen. Die wachstumspolitischen Strategien müssen zudem längerfristig durchgehalten werden und von den Trägern der Wirtschaftspolitik, den Unternehmen und der Bevölkerung als konsistente Strategie gesehen werden. Sie basieren auf langfristigen, von Experten erstellten, unter den Trägern der Wirtschaftspolitik intensiv diskutierten Konzepten (Weißbücher, Pläne, Strategien). Die Konzepte sind vorwärts gerichtet, sie forcieren Innovationen und Zukunftsaufgaben. Beschäftigung wird nicht defensiv auf mehr Köpfe verteilt, Schranken und Verbote sind die Ausnahme. Strategien zur Liberalisierung, Flexibilisierung und Deregulierung vergessen nicht den Zweck der bisherigen Regelung. Der vergrößerten Flexibilität für Firmen stehen Angebote zur Höherqualifikation gegenüber. Investitionen in die Zukunft erzeugen genügend Dynamik und reduzieren die sozialen Kosten der Veränderungen.

Zusätzliche Ausgaben zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums dürfen die langfristige Budgetkonsolidierung nicht aus dem Auge verlieren. Das österreichische Ziel, ein Nulldefizit bis 2008 zu erreichen, ist angesichts der Steuerreform (inkl. Gruppenbesteuerung, die erst 2006 budgetär wirksam wird) ohnehin nur durch eine deutliche Dämpfung der Ausgaben erreichbar, wobei aus der Verwaltungsreform ein großer Beitrag kommen soll. Es besteht zwar keine unmittelbare Gefahr, an die Obergrenze der Neuverschuldung zu stoßen, doch ist auch der Schuldenstand mit knapp 64 % des BIP (2005) relativ hoch. Auch sind die demographisch bedingten Lasten in Österreich höher als in anderen Ländern, was hohe Lasten für Pensionen und Gesundheit erwarten lässt. Es sollte daher die Finanzierung der wachstumsfördernden Maßnahmen teilweise aus Umschichtungen der bisherigen Ausgaben erfolgen und nur solche getroffen werden, deren volkswirtschaftliche Rendite aus mittelfristiger Sicht hoch ist. Wenn es gelingt, den Wachstumspfad zu heben, dann finanzieren sich Ausgaben teilweise selbst (Schätzungen zwischen 20 % und 40 %), allerdings nie vollständig und nie mit Sicherheit. Der psychologische Faktor, die Reduktion der Unsicherheit der privaten Haushalte und Unternehmen und die allgemeine Akzeptanz der wachstumspolitischen Strategie spielen in einer Wachstumsstrategie eine entscheidende Rolle. Manche Maßnahmen erreichen ihre optimale Wirksamkeit erst nach mehreren Jahren. So erhöhen Ausgaben für Forschung und Ausbildung auch kurzfristig die Nachfrage, der größere Effekt tritt jedoch erst langfristig auf.

Grosse Investitionsprojekte erleiden oft erhebliche Verzögerungen in der Durchführung und können nicht beschleunigt werden. Die konjunkturelle Lage ist nach der derzeitigen Prognose nicht so ungünstig, dass rein nachfrageseitige Maßnahmen berechtigt wären. Sollte sich die Konjunkturlage verschlechtern, wäre es günstig, Projekte und Maßnahmen „auf Vorrat“ zu haben, die rasch implementiert werden könnten. Sie sollten allerdings auch nachfrage- und angebotsseitig wirksam sein (also den Standort verbessern und die Zukunftsinvestitionen unterstützen).

Zudem hängt die Wirksamkeit wachstumsfördernder Maßnahmen von einer die gleiche Stoßrichtung verfolgenden Politik in den Nachbarländern ab. Grenzüberschreitende Infrastrukturprojekte etwa sind nur durchführbar, wenn auch die anderen Länder mitziehen. Die Wirksamkeit national beschränkter nachfragewirksamer Maßnahmen wird aufgrund der Importneigung durch Sockereffekte gedämpft. Psychologische Effekte und Wachstumspessimismus kennen ebenfalls keine nationalen Grenzen. Die höhere Priorität des Wachstumszieles innerhalb der Europäischen Union und die Notwendigkeit zur Erstellung Nationaler Pläne zur Umsetzung der Lissabon-Agenda erhöhen die Erfolgchancen einer Wachstumsstrategie. Österreich soll daran mitarbeiten, die Umorientierung der EU auf einen Wachstumskurs zu unterstützen. Dies könnte gerade unter der Präsidentschaft möglich und wichtig sein, und würde auch einen Kompromiss bei den Beitragszahlungen rechtfertigen.

Der Entschluss, dem Wachstumsziel vorrangige Priorität zu geben, darf nicht zu einer Vernachlässigung der Anstrengungen im Bereich der Kohärenz und der Nachhaltigkeit führen. Beide Ziele sind wesentliche Charakteristika des Europäischen Modells. Werden sie vernachlässigt, entstehen morgen höhere Folgekosten (und die Verunsicherung durch raschen Strategiewechsel). Außerdem verliert Europa und gerade Österreich damit Wachstums- und Exportchancen in der Umwelttechnologie.

6. Quantität und Qualität der Innovationen

Für das Wachstum hoch entwickelter Industrieländer spielen Innovationen eine wichtige Rolle, wobei nicht nur um technische, sondern auch soziale und organisatorische Innovationen notwendig sind. Für Österreich ist eine Verstärkung von Forschung und Innovationen besonders wichtig, da Österreich während des wirtschaftlichen Aufholprozesses nach dem 2. Weltkrieg Technologien importiert hat und oft wegen des niedrigen Lohnniveaus (und auch wegen des Potentials an Facharbeitern) als Produktionsstandort gewählt wurde. Diese Rolle Österreichs nehmen jetzt zunehmend die Erweiterungsländer ein, und Österreich muss als Land mit einem der höchsten Pro-Kopf-Einkommen zum Technologiegeber und Anbieter im

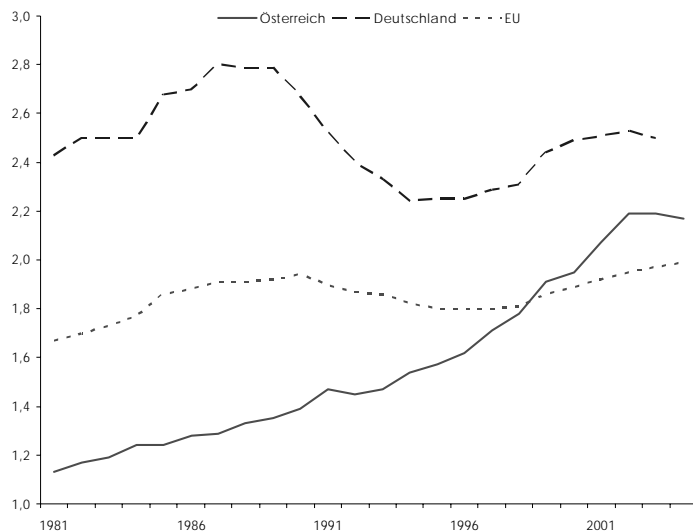
höchsten Qualitätssegment werden. Diese Position entspricht auch der neuen geographischen Lage Österreichs im Zentrum der erweiterten Europäischen Union.

Übersicht 13: Forschungsquoten in Österreich und der EU

	Österreich	Deutschland	Finnland	Schweden	EU
1981	1,13	2,43	1,18	2,22	1,67
1982	1,17	2,50	1,26	2,34	1,70
1983	1,19	2,50	1,34	2,47	1,73
1984	1,24	2,50	1,47	2,62	1,77
1985	1,24	2,68	1,56	2,78	1,86
1986	1,28	2,70	1,66	2,82	1,88
1987	1,29	2,80	1,74	2,86	1,91
1988	1,33	2,79	1,77	2,83	1,91
1989	1,35	2,79	1,81	2,80	1,92
1990	1,39	2,67	1,88	2,76	1,94
1991	1,47	2,52	2,04	2,72	1,90
1992	1,45	2,40	2,13	2,94	1,87
1993	1,47	2,33	2,16	3,17	1,86
1994	1,54	2,24	2,29	3,26	1,82
1995	1,57	2,25	2,28	3,35	1,80
1996	1,62	2,25	2,54	3,44	1,80
1997	1,71	2,29	2,71	3,54	1,80
1998	1,78	2,31	2,88	3,59	1,81
1999	1,91	2,44	3,23	3,65	1,86
2000	1,95	2,49	3,40	3,65	1,89
2001	2,07	2,51	3,41	4,27	1,92
2002	2,19	2,53	3,46		1,95
2003	2,19	2,50			1,97
2004	2,17				1,99
2000-2003	0,24	0,01			0,08

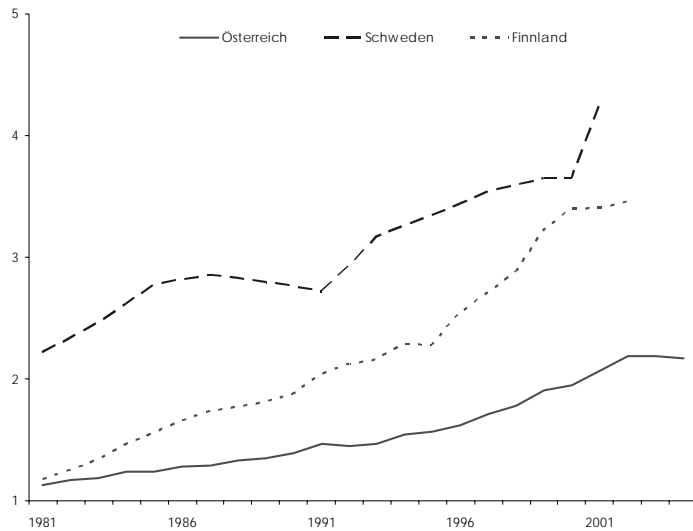
Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von OECD (MSTI).

Abbildung 7: Forschungsquoten in Österreich und der EU



Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von OECD (MSTI).

Abbildung 8: Forschungsquoten in Österreich und der EU



Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von OECD (MSTI).

Die Erreichung des Zieles einer Forschungsquote von 2,5 % im Jahr 2006 und von 3 % des BIP im Jahr 2010 ist ein quantitatives Ziel (und ein Ausgabenziel, neben dem auch die Effizienz der Ausgaben zu steigern ist). Die Erreichung des Zwischenzieles ist jedoch ein wichtiger Meilenstein und hat eine Signalfunktion für den Wirtschaftsstandort. Sie dokumentiert die Entschlossenheit der Wirtschaftspolitik und die Bereitschaft der Unternehmen, Österreich zu einem Innovationsstandort zu entwickeln. Zur Erhöhung der Forschungsquote auf 3 % des BIP sind darüber hinaus deutlich steigende private und öffentliche Ausgaben nötig. Bei einem gleich bleibenden Anteil des Bundes an den Forschungsausgaben müssen diese jährlich um rund 9 % steigen (ausgehend von 5,3 Mrd. € 2004). Der Zielwert für 2010 beträgt ca. 8,8 Mrd. €, davon entfallen 2,6 Mrd. € für den Bund.

Übersicht 14: Forschungsausgaben in Mrd. €

	2004	2010	Wachstum p.a.
BIP	235	294	3,8 %
Forschungsausgaben (gemäß 3 %-Ziel)	5,3	8,8	9,0 %
Ausgaben der öffentlichen Hand (Annahme weiter 30 % der F&E-Ausgaben)	1,6	2,6	9,0 %

Eine Forschungsstrategie zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wachstums könnte folgende Elemente enthalten⁹:

Konzeption einer verbindlichen und operationalen Forschungsstrategie Österreich

Ministeriumsübergreifende Verantwortung und Koordination der Aktivitäten

Transparenz des Mitteleinsatzes (es ist heute beispielsweise nicht zu ermitteln, wie viel in Österreich für Biotechnologie ausgegeben wird)

Reduktion der Zahl der Förderungsmaßnahmen

Andocken der österreichischen Technologiepolitik an europäische Programme

Forcierung von Innovationen im Dienstleistungssektor

Evaluierung der Maßnahmen und Strategien, strategische Mittelvergabe

Garantie der langfristigen Finanzierung des nötigen Aufwandes zur Erreichung des 3 %-Zieles (Absichtserklärung über Anschluss und Erhöhung der „Sonderfinanzierung“ nach ihrem Auslaufen; die derzeitige Unsicherheit führt zu Planungsproblemen bei Unternehmen und Fonds; Parlamentsbeschluss mit Zustimmung aller Parteien sinnvoll)

Ausdehnen der Forschungsprämie und des Forschungsfreibetrages auf Auftragsforschung (Fremdforschung ist besonders für KMU wichtig)

Prämie für Drittmittelforschung an den Universitäten (bei Zusammenarbeit von Unternehmen und Universität sollte es einen Zusatzbonus von 20 % auf eingeworbene Drittmittel geben; mit Obergrenze und zeitlicher Befristung)

Aufstockung der Mittel der Forschungstiftung (z.B. Privatisierung, Länder, Gemeinden, private Spenden, Stiftungen, Erbschaften)

Kombination mit Maßnahmen zum strukturellen Wandel (Headquarter, Gründungen, Venture Capital)

Verstärkte Nutzung Europäischer Forschungsprogramme (verstärkte Ko-Finanzierung und Anbahnungsfinanzierung)

7. Quantität und Qualität der Ausbildung

Die Qualität des Humankapitals bestimmt die Wettbewerbsfähigkeit direkt und ist auch Grundlage für die Fähigkeit, technische, soziale und organisatorische Innovationen

⁹ Berechnungen von *Leo - Falk* (WIFO) zeigen dass eine permanente Erhöhung der unternehmerischen F&E-Mittel um 1 Mio. € (von denen annahmegemäß die öffentliche Hand 70 % beiträgt) zu kurzfristig 13 zusätzlichen Beschäftigten, mittelfristig zu 30, und langfristig zu rund 50 neuen Arbeitsplätzen führt.

durchzuführen. Europa hat ein Defizit in der tertiären Ausbildung, die USA etwa geben ein Drittel mehr in Relation zur Wirtschaftsleistung für Hochschulen aus (*Sapir*, 2003).

Österreich hat einerseits hohe Pro-Kopf-Ausgaben im Ausbildungsbereich, andererseits einen hohen Anteil an Arbeitskräften mit sekundärer Ausbildung und qualifizierte Facharbeiter als Folge des dualen Berufsausbildungssystems. Das Defizit bei der tertiären Ausbildung wurde durch die Einrichtung der Fachhochschulen gesenkt, der Anteil der Beschäftigten mit Tertiärausbildung ist aber noch immer gering. Die Erweiterungsländer konkurrieren aber gerade bei den bisherigen österreichischen „Standortvorteilen“ im oberen Sekundärbereich und bei qualifizierten Facharbeitern. Die duale Ausbildung bedarf inhaltlicher und organisatorischer Verbesserungen. Bisherige Stärken Österreichs werden nunmehr auch von Konkurrenzländern geteilt bzw. müssen erst an die neuen Verhältnisse angepasst werden. Neue Berufsinhalte und Lehrberufe bei produktionsnahen und modernen Dienstleistungen müssen verstärkt werden.

Der technologische Wandel ebenso wie die Neuorientierung Österreichs als Wirtschaftsstandort hat eine sinkende Nachfrage nach Arbeitskräften im Niedriglohnsegment zur Folge. Zusätzlich findet der erhebliche Teil der Angebotsausweitung von ca. 30.000 Arbeitskräften pro Jahr im niedrig qualifizierten Segment statt (insbesondere ausländische Arbeitskräfte). Im Gegensatz dazu haben die schnell wachsenden Wirtschaftszweige einen hohen Bedarf an qualifizierten Beschäftigten.

Ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wachstums im Ausbildungsbereich könnte folgende Elemente beinhalten:

Reform der Lehrinhalte und der angestrebten Fähigkeiten

Verstärkte Evaluierung von Schulen

Organisatorische Schulreformen (spätere Spezialisierung, Förderkurse an beiden Enden des Qualitätsspektrums; Sprachkurse

Qualifizierungsoffensive für Personen mit Migrationshintergrund

Exzellenzprogramme für Schulen und Universitäten

Lehrlingsoffensive im Dienstleistungssektor

Unterstützung von Berufsunterbrechungen zwecks Weiterbildung

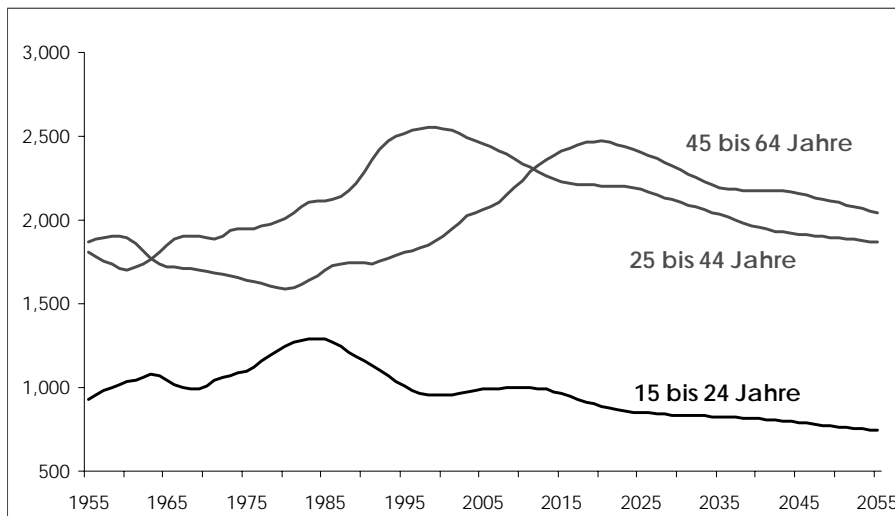
Garantien der Mindestqualifikationen von Schülern durch Vorschule und Förderkurse

Erhöhung des Anteils der naturwissenschaftlich-technischen Berufe (z.B. durch Information über Berufsaussichten, Einkommen oder auch durch differenzierte Studiengebühren)

8. Quantität und Qualität der Weiterbildung

Neben der Erstausbildung gewinnt die berufsbezogene Weiterbildung für die Konkurrenzfähigkeit Österreichs eine immer größere Bedeutung. Das technische Wissen und die im Wirtschaftsprozess nachgefragten Fähigkeiten verändern sich rasch. Die neue Position Österreichs und der strukturelle Wandel verändern zusätzlich das Qualifikationsprofil. Zudem könnte der Anreiz zu betriebsinterner Weiterbildung sinken, weil die steigende Mobilität und die Abnahme von Lebensarbeitsplätzen die Wahrscheinlichkeit verringern, dass die Weiterbildungskosten dem investierenden Betrieb zu gute kommen. Der demographische Wandel und die Finanzierungsgrenzen im Pensionssystem erfordern, dass ältere Arbeitnehmer länger als bisher im Berufsleben bleiben. In etwa zehn Jahren wird die Gruppe der 45- bis 65-Jährigen die größte Gruppe im Erwerbspotential (größer als die 25 bis- 44 Jährigen) und dreimal so groß wie die jüngste Altersgruppe sein (vgl. Abbildung 9). Das Weiterbildungsangebot in Österreich ist unübersichtlich, nicht aufeinander abgestimmt, von unterschiedlicher Qualität und nicht immer berufsbezogen.

Abbildung 9: Erwerbsfähige Bevölkerung in 1000 Personen



Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von AMS.

Angesichts der steigenden Nachfrage nach Dienstleistungen und der damit verbundenen qualifikationsspezifischen Anforderungen an die Arbeitskräfte verringert sich die Zahl der Arbeitsplätze mit standardisierten Anforderungsprofilen und Produktionsprozessen. Flexible Spezialisierung (Arbeitszeit, Arbeitsplatzorganisation) erfordert letztlich auch Modularisierung der Erstausbildung.

Globalisierung und technologischer Wandel erhöhen die Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte: Zukünftig werden weniger bestimmte Qualifikationen nachgefragt als

vielmehr multidimensionale Skills wie schulische, am Arbeitsmarkt erworbene (formelle) bzw. informelle Qualifikationen sowie soziale Kompetenzen. Diese Prinzipien finden in der Erstausbildung gerade Eingang, müssen aber auch bei der Weiterbildung forciert werden.

Ein Maßnahmenpaket zur Unterstützung des wirtschaftlichen Wachstums durch Weiterbildungsmaßnahmen könnte folgende Elemente haben:

Aktion zum Nachholen des Schulabschlusses

Institutionalisierung lebenslangen Lernens auf Ebene der Individuen, Unternehmen, Branchen und der Gesellschaft

Modularisierung des Weiterbildungsangebotes (System von aufeinander aufbauenden Kursen, das zur nächst höheren Qualifikation führt)

Zertifizierung der Weiterbildung mit Qualitätskontrolle und Evaluation

Internationalisierung der Weiterbildung (Konsistenz der Module und Zertifizierung mit internationalen Ansätzen)

Förderung der Weiterbildung in Sabbaticals

Nutzung von Zeitgutschriften, Durchrechnungen, Flexibilisierung für geschlossene Weiterbildungsperioden

Veränderungen der Betriebsorganisation und der Karriereverläufe in Vorbereitung auf steigende Beschäftigung der älteren Jahrgänge (interne Mobilität)

9. Investitionen in die Infrastruktur

Infrastrukturmaßnahmen haben eine doppelte Wirkung. Einerseits erhöhen Investitionen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage; dies ist positiv insbesondere zu einem Zeitpunkt, in dem die private Nachfrage nach Investitionen ungenügend ist. Andererseits verbessern sie die Standortbedingungen und erhöhen das Wachstumspotential. Gut ausgebaute Straßen, Bahn- und Flugverbindungen reduzieren die Transportkosten und damit den Preis von Vorprodukten und der Gesamtproduktion (bei vertikaler Arbeitsteilung). Immaterielle Infrastrukturinvestitionen ermöglichen den Übergang zu höherwertiger Produktion. Allerdings sind auch hier die budgetären Grenzen nicht zu übersehen, und angesichts des relativ hohen Anteils der Bauwirtschaft in Österreich sollten neue Projekte teilweise auch durch Verringerung weniger dringliche Ausgaben (niederrangiges Straßennetz, Personalaufwand in der Verwaltung) hereingebracht werden. Infrastrukturinvestitionen mit hoher Wachstumsrelevanz (Breitband etc.) oder mit Doppeldividenden (Ausbildung, Umwelt, Gesundheit, Kinderbetreuung) sollen in den Vordergrund rücken.

Box 1 gibt einen Überblick über die Entwicklung der Infrastrukturinvestitionen in den letzten zehn Jahren.

Box 1: Entwicklung der öffentlichen Investitionen in Österreich

Die staatlichen Bruttoinvestitionen in Österreich (gemäß VGR) sind zwischen 1995 und 2003 von 3 % auf 1,2 % des BIP zurückgegangen (Übersicht Box 1.1). Während die öffentliche Bruttoinvestitionsquote somit 1995 über dem Durchschnitt der EU 15 (2,7 % des BIP) lag, machte sie 2003 noch die Hälfte des EU 15-Durchschnitts (2,4 % des BIP) aus.

Übersicht Box 1.1: Bruttoinvestitionen des Staates in der EU 15 1995 bis 2003, in % des BIP

In % des BIP	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
EU-15	2,7	2,5	2,2	2,3	2,3	2,3	2,4	2,3	2,4
Belgien	1,9	1,7	1,7	1,6	1,9	1,9	1,7	1,6	1,6
Dänemark	1,8	1,9	1,9	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8	1,7
Deutschland	2,3	2,1	1,9	1,9	1,9	1,8	1,8	1,7	1,5
Griechenland	3,2	3,2	3,4	3,6	3,5	4,1	3,9	3,7	3,9
Spanien	3,7	3,1	3,1	3,3	3,4	3,1	3,3	3,5	3,5
Frankreich	3,4	3,3	2,8	3,0	3,1	3,2	3,2	3,1	3,3
Irland	2,3	2,4	2,5	2,7	3,2	3,6	4,3	4,3	3,9
Italien	2,1	2,2	2,2	2,4	2,4	2,4	2,5	1,9	2,6
Luxemburg	4,4	4,6	4,1	4,6	4,6	4,0	4,4	5,1	4,9
Niederlande	3,0	3,1	2,9	2,9	3,0	3,1	3,3	3,6	3,6
Österreich	3,0	2,8	1,9	1,8	1,7	1,5	1,1	1,3	1,2
Portugal	3,7	4,2	4,4	3,9	4,1	3,8	4,0	3,6	3,3
Finnland	2,9	2,9	3,1	2,9	2,8	2,6	2,8	2,9	2,9
Schweden	3,9	3,5	3,1	3,2	3,2	2,9	3,1	3,3	3,1
Großbritannien	2,2	1,7	1,3	1,4	1,2	1,3	1,4	1,4	1,7

Q: Eurostat New Cronos, April 2005.

Diese Daten berücksichtigen allerdings nicht die Investitionen der ausgegliederten Rechtsträger. Einschließlich Ausgliederungen beliefen sich die Bruttoinvestitionen des Staates 2003 auf 2,4 % des BIP und 2004 auf 2,3 % des BIP (Übersicht Box 1.2). Da anzunehmen ist, dass auch diese im vergangenen Jahrzehnt Ausgliederungen vorgenommen haben, dürfte Österreich auch unter Einbeziehung der Investitionen der ausgegliederten Einheiten unter dem Durchschnitt der EU 15 liegen.

Differenziert nach Gebietskörperschaften ist festzustellen, dass die Bruttoinvestitionsquote des Bundes in dem betrachteten Zehnjahreszeitraum nahezu konstant geblieben ist; sie lag 2004 bei 0,7 % des BIP. Dasselbe gilt für die Länderebene, wo die Bruttoinvestitionsquote 2004 0,5 % des BIP betrug. Deutlich gesunken sind dagegen die Bruttoinvestitionen der Gemeinden; hier ist ein Rückgang der Bruttoinvestitionen von 1,8 % des BIP 1995 auf 1 % des BIP 2004 zu verzeichnen. Die Investitionsquoten liegen allerdings nicht differenziert nach Investitionsarten vor.

Im Budgetbericht 2006 des Bundesministeriums für Finanzen sind die Ausgaben des Bundes sowie der ausgegliederten Einheiten für die Infrastruktur aufgeführt (Übersicht Box 1.2). Innerhalb der ausgegliederten Einheiten wird nach Investitionen in den Hochbau, in Schiene und in Straßen differenziert. Der Anteil der Infrastrukturausgaben am BIP wird zwischen 1996 und 2006 von 1,8 % auf 1,5 % zurückgehen. In den Jahren nach 1996 schwankte der Anteil der Infrastrukturausgaben am BIP zwischen 1,5 % und 1,7 %. Seit 2003 (1,7 % des BIP) ist ein tendenzieller Rückgang zu beobachten. Es fällt auf, dass die Quote der Ausgaben für die Infrastruktur (also Infrastrukturausgaben bezogen auf das BIP) gemäß Budgetbericht jene, die in Übersicht Box 1.2 für den Bund angegeben wird (0,7 % des BIP einschließlich

Ausgliederungen) deutlich überschreitet. Dies begründet sich darin, dass die in Übersicht Box 1.3 enthaltenen Ausgaben für die Infrastruktur nicht nur die Investitionen, sondern auch sonstige im Zusammenhang mit Infrastruktur getätigte Ausgaben umfassen. Zudem beinhaltet die Übersicht Box 1.3 auch die ÖBB, die in der alten VGR nicht zum Staat gezählt wurde.

Übersicht Box 1.2 Bruttoinvestitionen des Staates in Österreich 1995 bis 2004, in % des BIP

Rechtsträger- ebene	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
	in % des BIP									
Ohne Ausgliederungen										
Bundesebene	0,8	0,7	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,2	0,1
Länderebene	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,4
Gemeindeebene	1,8	1,7	1,1	1,0	0,9	0,8	0,6	0,6	0,6	0,6
SV-Träger	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,0	2,8	1,9	1,8	1,7	1,5	1,1	1,3	1,2	1,2
Mit Ausgliederungen										
Bundesebene	0,8	0,7	0,8	0,8	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,7
Länderebene	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,5	0,5	0,5
Gemeindeebene	1,8	1,7	1,6	1,6	1,5	1,2	1,1	1,1	1,1	1,0
SV-Träger	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
Insgesamt	3,1	2,9	2,8	2,7	2,6	2,4	2,3	2,4	2,4	2,3

Q: Bundesministerium für Finanzen, eigene Berechnungen.

Übersicht Box 1.3: Ausgaben für die Infrastruktur

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004 4)
a) Bundesbudget 1)									
Straßen und Brücken	480	305	342	327	395	430	86	4	3
Gebäude	647	567	589	538	462	220	261	253	233
Inventar	291	254	262	276	231	200	247	218	284
Maschinen und Fahrzeuge	305	254	269	262	216	220	231	208	144
Übrige 2)	719	182	182	189	168	150	112	98	83
Summe Bundesbudget 3)	2.442	1.562	1.642	1.592	1.471	1.220	936	782	747
b) Ausgliederte Gesellschaften									
Hochbau	491	536	588	551	514	489	556	539	464
Schiene	558	707	918	1.046	1.099	1.050	1.217	1.186	1.200
Straßen	796	773	847	860	889	1.047	1.216	1.419	1.591
Summe ausgliederte Gesellschaften	1.845	2.016	2.352	2.457	2.502	2.586	2.989	3.144	3.255
abzögl. Bundesmittel, die in b) enthalten sind 5)	-954	-748	-798	-732	-625	-418	-215	-152	-132
Gesamtsumme	3.333	2.830	3.197	3.317	3.348	3.388	3.711	3.774	3.870
Gesamtsumme in % BIP	1,8	1,5	1,7	1,7	1,6	1,6	1,7	1,7	1,6

1) einschließlich Instandhaltungsausgaben

2) Sonderanlagen, sonstige Grundstückseinrichtungen, Wasser- und Kanalisationsbauten, Grund und Boden, geringwertige Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens (einschließlich geringwertige Ersatzteile) sowie der gemäß § 1 (2) des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) bis zum Jahr 2002 den Ländern als Abgeltung für Projektierung Bauaufsichts-, Bauoberleitungs-, Bauführungs- und Verwaltungsaufgaben zustehenden Überweisungsbeträge.

3) Die Verminderung des Investitionsvolumens ist vor allem auf die Ausgliederungen der Bundesbetriebe (ua. Post- und Telegraphenverwaltung ab 1. Mai 1996), auf die Auswirkungen des Infrastrukturfinanzierungsgesetzes 1997 und auf die Folgen des Bundesimmobiliengesetzes (BGBl. I Nr. 141/2000) sowie des Bundesstraßen-Übertragungsgesetzes (BGBl. I Nr. 50/2002) zurückzuführen.

4) Daten Bund: 2004 vorl. Erfolg, 2005 BVA, 2006 BVA-E Daten ausgliederte Gesellschaften: 2004 Erwartung, 2005 und 2006 Planwerte

5) Mittel des Bundes (Bundeshochbau, Bundesstraßenverwaltung), die auch in den Investitionen der ausgliederten Gesellschaften enthalten sind

Quelle: BMF

Verkehrsinfrastruktur: Nationale Prioritäten

Ein leistungsfähiges, flexibles Transportangebot ist ein wichtiger Wettbewerbsfaktor. Es bestimmt international die Wettbewerbsfähigkeit. Wichtig ist vor allem eine gute Erreichbarkeit der grenznahen Märkte. Dies gilt für die traditionellen Märkte Österreichs wie Oberitalien, Ostschweiz, Süddeutschland; und vielleicht noch mehr für die neuen Märkte in Pressburg-Budapest, Brünn-Prag, Marburg-Laiabach-Zagreb. Durch schlecht ausgebaute Verkehrsverbindungen können nicht nur ausländische Absatz- und Beschaffungsmärkte sondern auch inländische verloren gehen; die Bundesländer östlich des Arlbergs „verlieren“ Wirtschaftsbeziehungen mit Vorarlberg an Südwestdeutschland, für die Steiermark und Kärnten verringern sich die Beziehungen zu Salzburg und Oberösterreich zugunsten von Bayern.

Zunehmende Umfahrungen Österreichs entwerten Industriestandorte und bringen den Verlust von Logistikzentren mit Lagerführung, überregionalen Vertrieb, Endmontagen, Verpackung, Finishing, Finanzdienstleistungen, Bestell- und Rechnungswesen. Logistikzentren sind relativ arbeitsintensiv, sie beschäftigen zum Teil wenig qualifizierte, zum Teil aber auch hoch qualifizierte Arbeitskräfte.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur haben relativ hohe inländische Wertschöpfung, werden aber immer weniger arbeitsintensiv. Zu beachten sind lange Vorlaufzeiten; in der Vergangenheit wurden Konjunkturbelebungsprogramme vielfach erst wirksam, wenn die Bauwirtschaft ohnedies bereits gut beschäftigt war.

Die folgenden *Projekte* sind bereits in Bau, Projektierung oder Plan (GVPÖ 2002), es könnte überprüft werden, sie vorzuziehen bzw. zu beschleunigen:

Straßen: Im Bereich des hochrangigen Netzes sind das der Ausbau Westautobahn, Nord-Süd-Umfahrung Wien, Spange Kittsee, Nordautobahn, Mühlviertler Schnellstraße; die Forcierung von Straßeninvestitionen muss nicht budgetbelastend sein, da sie durch Maut finanzierbar ist.

Bahn: Hier geht es erstens um die Beseitigung von Engpässen und Neubau von Strecken mit „Behinderungen“ (große Steigungen, enge Kurvenradien, starker Nahverkehr): Westbahn, Pyhrnbahn-Summerauer Bahn, Semmeringtunnel. Der Bahnausbau ist kaum aus Trassengeldern finanzierbar, gleich ob Investitionen über ÖBB oder PPP-Modelle erfolgen, letztlich muss der Bund die Finanzierungskosten tragen. Der Brenner Basistunnel ist binnenwirtschaftlich betrachtet für Österreich von geringem Interesse, ökologisch aber zur Entlastung des Straßentransits von Bedeutung. Ein erheblicher Finanzierungsanteil der Hauptinteressenten Italien, Deutschland sowie der EU wäre begründbar.

Zusätzlich könnte der Containerverkehr und Güterterminals mit leistungsfähigem Umschlag Straße-Schiene forciert werden. Die Bahnhofssanierung könnte beschleunigt werden.

Flughafen: Die kontinuierliche Leistungssteigerung von Wien Schwechat zum Drehkreuz für das östliche Mitteleuropa ist wesentlich für internationalen Geschäftsverkehr und als Zentrum für Handelsdienstleistungen und Touristik; die Straße-Bahnverbindung mit Pressburg ist vorrangig. Die Finanzierung incl. der Anschlüsse ist durch Flughafengebühren und Kerosinsteuer möglich, für die Kerosinbesteuerung ist eine EU-Regelung erforderlich.

Sonstige Infrastruktur und -finanzierung

Neben der Verkehrsinfrastruktur und den Transeuropäischen Netzen (siehe unten) können auch die folgenden Vorschläge eine Wachstumsstrategie unterstützen:

Verbesserungen in der Organisation des Verkehrs unter Nutzung von Telematik, Informations- und Kommunikationssysteme, Logistikkonzeptionen. Hier besteht ein weites Feld auch für F&E-Vorhaben.

Stärkere Nutzung von PPP-Projekten durch verbesserte rechtliche Rahmenbedingungen, eine PPP-Task-Force für Österreich, begleitende Forschung über Erfolgsfaktoren und Modelle von PPP-Projekten.

Die rückläufigen Investitionen in die physische Infrastruktur und der Bedarf an immateriellen Infrastrukturinvestitionen (Breitband, Weiterbildung etc) legen nahe, eine Sonderfinanzierung für Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Gemeinden anzudenken. Die Sonderfinanzierung könnte teilweise durch Fördergelder aus Wohnbauförderung (v.a. vorzeitiger Darlehensrückzahlung, wo noch möglich) zweitens über den Kapitalmarkt, drittens über Mortgage Backed Security Modelle oder viertens unter Einbezug von Fördermitteln der EIB z.B. Energiespar-Contracting stattfinden

Beschleunigung der Baubewilligungsverfahren, Harmonisierung der Bauordnung, Revitalisierung von Ortskernen.

Verpflichtende Einführung des Energieausweises im Rahmen der Wohnbauförderprogramme ab dem Jahr 2006 (entsprechend der EU-Standards für die thermische Qualität der Gebäudehülle). Förderprogramme sollten auf energiesparende Investitionen ausgerichtet werden. Eine Erweiterung der Anreizförderung wäre zu überprüfen.

Entwicklung eines Bauforschungsprogramms: Ökologischer Bau

Vorbildfunktion durch Anwendung von neuen Technologien im öffentlichen Bau (Contracting Modelle, Nutzung Erdwärme etc)

Erhöhung der internationalen Forschungsk Kooperationen in der Bauwirtschaft

Transeuropäische Netze

Die transeuropäischen Netze (TEN) wurden im EU-Vertrag 1993 (Maastricht-Vertrag) verankert und sollten nach der Idee von Alain Delors das Binnenmarktprogramm und die Währungsunion ergänzen und indirekt in jenen Bereichen, wo Binnenmarkt und Währungsunion eine restriktive Wirkung auf einzelne Regionen und Bevölkerungsgruppen haben, ergänzend absichern.

Bereits 1994 wurden in Essen 14 vorrangige Projekte festgelegt. Im April 2004 wurden die TEN-Guidelines revidiert: Es wurden 30 vorrangige Projekte bis 2020 festgelegt, mit Kosten von insgesamt 225 Mrd. €. Diese sollen durch das EU-Budget finanziert (TEN-Budget, Kohäsionsfonds etc.) und durch nationale Quellen, EIB-Kredite und den privaten Sektor finanziert werden. Die Europäische Kommission schlug eine Erhöhung der EU-Kofinanzierung für die Durchführung der Bauarbeiten von 10% auf 30 % vor (Planung schon bisher bis zu 50 %), der Rat kürzte den Kofinanzierungsanteil auf 20 %. Anfang 2005 genehmigte die Kommission 620 Mio. € für die prioritären Projekte.

In ihrem Vorschlag für den Finanzierungsrahmen 2007 bis 2013 verlangt die Kommission eine deutliche Ausweitung der TEN-Mittel auf 20 Mrd. €. Darunter sind fünf Österreich direkt betreffende Projekte:

Eisenbahn München-Kufstein-Innsbruck-Brenner-Basistunnel (Fertigstellung 2009-2015)

Eisenbahn München-Salzburg-Wien-Bratislava (2010-2012)

Binnenschifffahrt Wien-Bratislava (2015)

Eisenbahn Budapest-Wien, Prag-Linz (2010-2016)

Autobahn Wien-Brünn (2009)

Insgesamt versprechen TEN-Projekte eine deutliche Verbesserung der europäischen Standortbedingungen. Österreich würde aufgrund seiner geographischen Lage profitieren und ist auch bei den geplanten TEN-Projekten überproportional vertreten. Die Finanzierungsplanung steht fest, die konkrete Mittelzuweisung und die nationale Kofinanzierung fehlen in vielen Ländern. Die nationalen Planungen sollten beschleunigt und die österreichische Kofinanzierung sichergestellt werden. Eine Unterstützung des Kommissionsvorschlags für den Finanzierungsrahmen 2007 bis 2013 sowie des ursprünglichen Vorschlags der Kommission zu einer EU-Kofinanzierung von 30 % wäre für den Erfolg der TEN-Projekte hilfreich. Österreich würde von beiden Maßnahmen profitieren, auch wenn dies mit höheren Finanzierungsbeiträgen für das EU-Budget verbunden wäre.

Maßnahmen zur Hebung des Wachstumspfad im Bereich der TEN-Projekte könnten folgende Maßnahmen umfassen:

Verbesserung der Kofinanzierungsregeln für die neuen Mitgliedsländer (Kofinanzierungsbedarf relativ hoch, nationale Mittel begrenzt, u.a. durch den Versuch, die Kriterien für die Euro-Einführung zu erreichen)

Beschleunigung der nationalen Planungen und Sicherstellung der österreichischen Kofinanzierung

Verstärkte Kooperation mit den Nachbarländern bezüglich Forcierung der TEN-Projekte

Nominierung eines nationalen „TEN-Beauftragten“ (eventuell auch als Zusatzaufgabe für „Mr./Mrs. Lissabon“)

Jährlicher Fortschrittsbericht (eventuell Einbau in Nationalen Umsetzungsplan für Lissabon)

Anreize zur Beschleunigung der TEN-Projekte (höhere Kofinanzierung bei früherem Beginn)

Transnationale Standortplanung Österreichs mit Nachbarländern

Unterstützung des Kommissionsvorschlages für den Finanzierungsrahmen 2007-2013.

Unterstützung des ursprünglichen Kommissionsvorschlages der Kofinanzierung von 30 %.

10. Strukturreformen am Arbeitsmarkt

Der größte Beitrag zur Reduktion der Arbeitslosigkeit müsste von einer Anhebung des Wirtschaftswachstums kommen. Maßnahmen, die direkt am Arbeitsmarkt ansetzen, können jedoch zusätzlich die Übereinstimmung von Angebot und Nachfrage verbessern (Matching) und so zum Wachstum beitragen. Dazu zählen Maßnahmen im Bereich der Arbeitsmarktverwaltung (Vermittlung und Qualifizierung), Erhöhung von Flexibilität und Mobilität der Arbeitskräfte, Wiedereingliederungsbeihilfen und Lohnsubventionen, Berufsunterbrechung und Weiterbildung. Das WIFO hat ausführliche Studien zur Evaluierung der Arbeitsmarktförderung (*Lutz – Mahringer, 2004*), der Flexibilisierung (*Walterskirchen, 2004*) und der Bedeutung von Regulierung (*Aiginger, 2004*) geliefert. Hier sollen nur die wichtigsten Vorschläge in den genannten vier Bereichen wiederholt werden.

Maßnahmen zur Erhöhung von Wachstum und Beschäftigung könnten folgende Elemente enthalten:

Zielgruppenspezifischer Einsatz von Eingliederungsbeihilfen (zeitlich befristete Lohnkostensubventionen für Langzeitarbeitslose, Jugendliche, ältere Arbeitnehmer)

Erhöhung des Bildungsanteiles an den Aktivierungsmaßnahmen des AMS

Förderung des Zugangs der Personen in offener Sozialhilfe (erwerbsfähiger Teil der Personen in Sozialhilfe) in die Qualifizierungsmaßnahmen

Hinterfragen der Rückzahlungspflicht von Sozialhilfe bei Arbeitsaufnahme (reduziert Einkommen aus Wiederbeschäftigung; hoher „Grenzsteuersatz“ bei Arbeitsaufnahme; Regress wird in allen Bundesländern außer Wien exekutiert)

Vereinheitlichung und Verrechtlichung der Anspruchsvoraussetzungen für Sozialhilfe

Forcierung der präventiven Arbeitsmarktpolitik durch Förderung von Weiterbildung bei Risikogruppen

Erhöhung der Rechte und Pflichten der Arbeitssuchenden („fördern und fordern“; welfare – workfare)

Einbindung der aktiven Arbeitsmarktpolitik in eine Strategie des lebenslangen Lernens

Überführung der Lehrlinge in Auffangnetzen (JASG) in betriebliche Ausbildungsplätze

Reform der Lehrinhalte

Forcierung von Lehrstellen im modernen Dienstleistungssektor (Awareness, Zusatzprämie)

Verbesserung des Übergangs von Lehrausbildung in weitere Bildungswege

Verbesserung der Kinderbetreuungseinrichtungen (u.a. zur Erhöhung der Erwerbsfähigkeit von Eltern)

Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für ältere Personen (Anreizstrukturen bei Sozialversicherung und Pensionssystem, betriebliche Arbeitsplatzgestaltung, Nationaler Aktionsplan für ältere Arbeitnehmerinnen wie z.B. in Finnland)

Längerfristige Dotierung der Arbeitsmarktpolitik, die Kompetenzaufbau in der Trägerlandschaft und größere Planungssicherheit erlaubt

Forcierung von Weiterbildungsphasen (Sabbaticals); Verankerung von Rechten und Pflichten für Weiterbildungsphasen bei gleichzeitiger Nutzung von Erwerbsunterbrechungen wegen Weiterbildung für Anpassung der Belegschaftsgröße an konjunkturelle oder saisonale Schwankungen („atmendes Unternehmen — atmender Arbeitsmarkt“).

Nutzung von öffentlichen Dienstleistungen für Reintegration mit Kombination von marktnahen Jobs (am besten unter Beteiligung von Betrieben)

Negativsteuer als Arbeitsanreiz

Die Erhöhung der Negativsteuerkomponente bei Arbeitnehmerabsetzbeträgen (bisher maximal 110 €) wäre überlegenswert. Da diese Negativsteuer nur geltend gemacht werden kann, wenn man ein Aktiveinkommen hat, erhöht dies den Anreiz zur Arbeitsaufnahme. Ausländische Erfahrungen mit einer Kombination von Steuergutschrift und Arbeitsaufnahme sind positiv (Earned Income Tax Credit in Großbritannien und den USA). Eine Erhöhung um 100

€ würde bei einer Annahme von 500.000 betroffenen Personen 50 Mio. € kosten (und neben dem Arbeitsanreiz positive nachfrageseitige Impulse haben).

Flexibilisierung der Arbeitszeit

Flexibilisierung der Arbeitszeit kann die Stückkosten senken und zu höherer Produktion und Beschäftigung führen. Die Anpassung an die betriebliche Wirklichkeit und die Akzeptanz der Modelle ist wichtig. Vorteile sollen geteilt werden (Win-Win-Modelle). Regelungen, die nur als Lohnkürzungen aufgefasst wurden, reduzieren die Motivation und die Stundenproduktivität. Maßnahmen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit werden hier bewusst ausgeklammert, da dieses Problemfeld von den Sozialpartnern und auf Kollektivvertragsebene verhandelt wird und eine Studie des WIFO vorliegt (Walterskirchen, 2004). Besonders attraktiv sind Maßnahmen, die die Flexibilität von Arbeit (längere Durchrechnungszeiträume, höhere Maximalarbeitszeiten) mit Programmen und Perioden der Weiterbildung kombinieren.

Eingliederungsbeihilfen und Lohnsubventionen

Beim Ausbau der zielgruppenorientierten Eingliederungsbeihilfen etwa für Jugendliche, Ältere Arbeitnehmerinnen und Langzeitarbeitslose kommen Beihilfen zur selektiven Reduktion der Arbeitskosten in Frage (etwa Reduktion von Sozialversicherungsabgaben), ebenso wie die Weiterbezahlung eines Teiles der Arbeitslosenunterstützung (degressives Stufensystem) oder eine Subvention an das Unternehmen, die schwer vermittelbare Personen anstellt. Der Vorteil dieser Maßnahmen ist die Erhöhung der (Re-)Integrationschancen von Problemgruppen (Niedrigqualifizierte, Langzeitarbeitslose, Personen mit mehrfachen Problemlagen). Nachteilig ist, dass diese Maßnahmen relativ teuer sind und sie gut konzipiert sein müssen, um Mitnahmeeffekte und Substitutionseffekte zu verhindern. Generell sind Programme zur direkten oder indirekten Subvention von Löhnen umso erfolgreicher, je näher sie am regulären Arbeitsmarkt liegen. Ein Unterlaufen der Kollektivvertragslöhne muss verhindert werden, da Lohnkostensenkungen auch Nachfrageausfall und Unsicherheit erzeugen. Eine begleitende Forschung bei Wiedereingliederungsbeihilfen und befristeten Lohnsubventionen ist nötig, vielleicht wäre auch das Zulassen von (regional begrenzten) Experimenten mit unterschiedlichen Modellen möglich.

11. Betriebsgründungen, Finanzierung, Headquarters

Eine Förderung des Wirtschaftswachstums über Standortverbesserungen sollte Maßnahmen zugunsten von Betriebsgründungen, zum Erwerb oder Ausbau von Unternehmenszentralen und Verbesserungen in der Unternehmensfinanzierung enthalten.

Forcierung von Betriebsgründungen

One-stop-shop Anlaufstelle der Behörden für Unternehmensgründer (nicht nur bei Förderungen; teilweise bereits realisiert über Wirtschaftskammer bzw. Regionalinitiativen)

Entrepreneurship positiv besetzen (Preise, Schulen, etc.); wirtschaftliche Grundkenntnisse als Allgemeinbildungsfach in Schulen, Fachhochschulen, Universitäten

Verbesserungen in der Unternehmensfinanzierung und am Kapitalmarkt

Privatisierungen über den Kapitalmarkt abwickeln

Maßnahmen im Bereich der Unternehmensfinanzierung um zusätzlich günstiges (aber nicht subventioniertes) Fremdkapital für die Unternehmensfinanzierung bereitzustellen

Stärkung von Anleihenmärkten für Unternehmensanleihen

Verbesserte Rahmenbedingungen für die Securitisation (Verbriefung) von Forderungen. Durch Bündelung können neue Finanzierungsinstrumente mit attraktiven Kosten (ev. auch für KMU) geschaffen werden;

Start-up-Finanzierung im High-Tech-Bereich

Rahmenbedingungen schaffen für Übernahme von internationalen Modellen für Venture Capital und Private Equity für Österreich (z.B. Limited Partnership wie in Großbritannien)

Öffentliche Förderungen vor allem im Bereich der Seedphase von High-Tech-Unternehmen

Ausbau von Netzwerken für Business Angels

Headquartermarketing

In der gegenwärtigen Restrukturierung der europäischen Wirtschaftslandschaft ist es wichtig, Firmenzentralen und Kompetenzzentren zu gewinnen

Forcieren des Marketing Österreichs als Headquarter und als Technologieland

Ansiedlungspakete mit Direktförderung über drei Jahre

Mitgestaltungsangebot von Ausbildungseinrichtungen und Lehrwerkstätten

12. Umwelttechnologie als Export- und Wachstumschance

Umwelttechnologie als Chance für Österreich

Nach der Hypothese des Harvard-Ökonomen Michael Porter ist ein anspruchsvoller Umweltstandard eine Chance für ein Land, ein Wachstums- und Exportsegment zu gewinnen.

Österreich hat in Teilen der Umwelttechnologie eine Führungsrolle, die zur Steigerung des Wirtschaftswachstums genutzt werden sollte.

Der Beitrag einer aktiven Umweltpolitik zur Hebung des Wirtschaftswachstums könnte die folgenden Elemente haben:

Alle drei in der Lissabon-Strategie angeführten Ziele sollen berücksichtigt werden. Eine Vernachlässigung der Zieldimension „Nachhaltigkeit bzw. Umweltqualität“ birgt die Gefahr, dass zugunsten eines kurzfristigen quantitativen Wachstums mittelfristig zusätzliche Kosten (wegen notwendiger Umweltsanierung oder höherer Klimaschäden) verursacht werden.

Umwelttechnologien und gezielte Technologiepolitik können einen entscheidenden Beitrag für ein ressourcen- und umweltschonendes Wachstum leisten. Daraus erwächst die Chance für österreichische und europäische Unternehmen, durch Innovationen in ressourceneffiziente Technologien internationale first mover advantages zu lukrieren.

Für die Umwelttechnikindustrie ist die Vorhersehbarkeit und Planbarkeit umweltpolitischer Ziele sowie technologiepolitischer Steuerung und Instrumente erforderlich: dies beeinflusst einerseits die Entwicklung und das Angebot von Umwelttechnik und andererseits die Nachfrage und den Einsatz dieser Technologien

Klimapolitik

Österreich ist es bislang nicht gelungen, den Trend ansteigender Treibhausgasemissionen zu durchbrechen. Diese Entwicklung bedeutet eine potentielle Belastung der öffentlichen Budgets um das österreichische Kyoto-Ziel zu erreichen. Eine innovative Klimapolitik könnte Impulse für zukunftsfähige Wirtschaftsstrukturen setzen und Anreize für Innovationen bieten.

Eine Fokussierung auf Chancen infolge von Innovationen für die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit sollte als Ziel der Klimapolitik – auch unter dem Gesichtspunkt einer stärkeren Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern - formuliert werden.

Erforderlich dafür ist die Identifikation einiger Aktivitäten mit hohem Innovationspotential für österreichische Unternehmen, die rasch umsetzungsreif gemacht werden.

Es gibt Bereiche, die nicht nur aus klimapolitischem Gesichtspunkt von Interesse sind, sondern die auch aus wirtschaftlicher Perspektive interessant sind wie die energetische Sanierung von Gebäuden, das Passivhaus als Standard für Neubauten oder ein breiterer Einsatz von Kraft-Wärme-Kopplung.

In Hinblick auf den EU-Emissionshandel wäre für die nächste Phase eine Verbesserung der Entscheidungsgrundlagen sowohl hinsichtlich der Datenbasis als auch der administrativen Infrastruktur vordringlich.

Literaturhinweise:

- Aiginger, K., „Towards a New European Model of the Reformed Welfare State: An Alternative to the United States Model“, *Economic Survey of Europe*, United Nations, New York and Geneva, No. 1, 2005.
- Aiginger, K., *Labour market reforms and economic growth - the European experience in the nineties*, WIFO Working Paper 232/2004.
- Aiginger, K., Kramer, H., *Wirtschaftspolitik zur Steigerung des Wirtschaftswachstums*, WIFO-Monographien, 2003.
- Biffl, G., *Targeted wage cost reduction in the Netherlands: A comment from Austria*, mimeo, 2005.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Lehner, G., „Makroökonomische Evaluierung der Fiskalpolitik 2000 bis 2002“, *WIFO-Monatsberichte*, 7/2004.
- Breuss, F., Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., „Steuerreform 2004/05 – Maßnahmen und makroökonomische Effekte“, *WIFO-Monatsberichte*, 8/2004.
- Falk, M., Leo, H., *Die Innovationsaktivitäten der österreichischen Unternehmen. Empirische Analysen auf Basis der Europäischen Innovationserhebung 1996 und 2000*, WIFO-Monographien, 2004.
- Falk, R., Leo, H., Ziegler, E. (WIFO, Project-Coordination), Dinges, M., Gassler, H., Polt, W. (Joanneum Research), *The Role of Special Funds in Catching-up R&D-Strategies*, WIFO und Joanneum Research, Rat für Forschung und Technologieentwicklung, 2004.
- Gierlinger, B., Müller, E., *Steuer-Check 2004/2005*, SWK-Sonderheft, 2005.
- Kaniovski, S., Schratzenstaller, M., *Selbstfinanzierung der Steuerreform 2004/05*, WIFO-Monographien 5/2004.
- Kaniovski, S., Walterskirchen, E., *Flexibilisierung der Arbeitszeit*, WIFO, 2004.
- Kaniovski, S., Kratena, K., Marterbauer, M., *Auswirkungen öffentlicher Konjunkturimpulse auf Wachstum und Beschäftigung*, WIFO-Monographien, 2003.
- Kramer, H., „Überlegungen zu den Verteilungswirkungen der österreichischen Budgetpolitik“, *WIFO-Monatsberichte* 1/2001.
- Lehner, G., „Überblick über die Maßnahmen der Steuerreform 2000“, *WIFO-Monatsberichte* 7/1999.
- Lutz, H., Mahringer, H., „Halbzeitbewertung“, in: Hedwig Lutz, Helmut Mahringer (WIFO), *Evaluierung Europäischer Sozialfonds 2000-2006: Ziel 3 – Österreich*, WIFO-Monographien, 2005
- OECD, *New GDP Comparisons Based on Purchasing Power Parities for the Year 2002*, Paris, 11 January 1005.
- Sapir, A., *An Agenda for a Growing Europe, Making the EU Economic System Deliver*, Report of an Independent High-Level Study Group established on the initiative of the President of the European Commission, 2003.
- Schratzenstaller, M., Falk, M., Kramer, H., Marterbauer, M., Schwarz, G., Walterskirchen, E., „Erste Evaluierung der Konjunkturbelebungsmaßnahmen seit 2001“, *WIFO-Monatsberichte* 10/2003.
- Schulmeister, St., „Weiterhin kräftiges Wachstum in Asien, Russland und den USA – Deutschland und Japan bleiben Nachzügler. Mittelfristige Prognose der Weltwirtschaft bis 2009“, *WIFO-Monatsberichte* 1/2005.

Anhang: Vergleich der österreichischen Position laut Strukturindikatoren

Übersicht A1: Strukturindikatoren nach Ländern einschließlich neuer Mitgliedsländer

	Gesamtwirtschaftlicher Hintergrund				Beschäftigung				Innovation und Forschung			
	1. BIP/Kopf in KKS		2. Arbeitsproduktivität BIP/Erwerbst. in KKS		3. Beschäftigungsquote (15-64 Jahre)		4. Beschäftigungsquote Älterer		5. Höchster erreichter Bildungsgrad Jugendlicher (20-24 Jahre) 2004		6. Ausgaben für Forschung und Entwicklung	
	2004		2004		2003		2003		2004		2002	
	EU 25 = 100	Rang	EU 25 = 100	Rang	In %	Rang	In %	Rang	In %	Rang	% des BIP	Rang
Luxemburg	216.7	1	142.4	1	62.7	14	30.0	20	69.8	22	1.71	10
Irland	134.3	2	127.7	3	65.4	9	49.0	8	85.3	7	1.09	14
Dänemark	121.9	3	103.8	9	75.1	1	60.2	2	76.1	18	2.52	4
Österreich	121.3	4	102.5	11	69.0	6	30.1	19	85.3	7	2.19	7
Großbritannien	119.9	5	109.2	6	71.8	4	55.5	3	76.4	17	1.87	9
Niederlande	119.6	6	103.0	10	73.5	2	44.8	9	73.3	19	1.89	8
Belgien	118.0	7	128.2	2	59.6	19	28.1	22	82.1	12	2.24	6
Schweden	116.1	8	105.0	8	72.9	3	68.6	1	86.3	5	4.27	1
Finnland	114.9	9	110.5	5	67.7	8	49.6	7	84.6	9	3.46	2
Frankreich	110.9	10	119.4	4	63.2	12	36.8	16	79.8	15	2.26	5
Deutschland	107.4	11	100.2	13	65.1	10	39.5	15	72.5	20	2.53	3
Italien	105.0	12	108.1	7	56.1	23	30.3	18	69.9	21	1.16	13
Spanien	97.6	13	102.5	11	59.7	18	40.8	14	62.5	23	1.03	15
Griechenland	82.4	14	97.2	14	57.8	20	42.1	13	81.7	13	0.64	20
Zypern	81.4	15	72.1	17	69.2	5	50.4	6	80.1	14	0.32	24
Slowenien	78.5	16	76.3	16	62.6	15	23.5	25	89.7	3	1.53	11
Portugal	73.3	17	66.8	19	68.1	7	51.6	5	49.0	24	0.80	17
Malta	72.0	18	84.3	15	54.2	24	32.5	17	47.9	25	-	-
Tschechien	69.8	19	65.9	20	64.7	11	42.3	12	90.9	2	1.22	12
Ungarn	61.7	20	69.5	18	57.0	22	28.9	21	83.4	10	1.02	16
Slowakei	53.9	21	61.4	21	57.7	21	24.6	24	91.3	1	0.58	22
Estland	50.3	22	50.1	23	62.9	13	52.3	4	82.3	11	0.75	18
Litauen	48.0	23	49.7	24	61.1	17	44.7	10	86.1	6	0.67	19
Polen	47.4	24	60.1	22	51.2	25	26.9	23	89.5	4	0.59	21
Lettland	43.7	25	43.6	25	61.8	16	44.1	11	76.9	16	0.42	23
EU 25	100.0		100.0		63.0		40.2		76.4		1.93	
EU 15	108.9		106.4		64.4		41.7		73.5		1.99	
Euroraum	106.3		105.9		62.6		37.8		72.5		1.93	
USA	159.0		143.8		71.2		59.9		-		2.64	
Japan	118.9		101.1		68.4		62.1		-		3.12	

Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen

Übersicht A2: Strukturindikatoren nach Ländern einschließlich neuer Mitgliedsländer
(Fortsetzung)

	Wirtschaftsreform				Sozialer Zusammenhalt					
	7. Relatives Preisniveau		8. Unternehmensinvestitionen		9. Armutsgefährdungsquote nach soz. Transfers		10. Streuung regionaler Beschäftigungsquoten		11. Langzeitarbeitslosenquote (12M+)	
	2003		2004		2001		2003		2003	
	EU 25 = 100	Rang	% des BIP	Rang	In %	Rang	VARK ¹⁾	Rang	In %	Rang
Luxemburg	105.3	17	15.3	21	12	7			0.9	1
Irland	127.0	24	20.7	8	21	21			1.5	8
Dänemark	139.3	25	17.9	13	10	3			1.1	4
Österreich	107.2	19	20.7	8	12	7	2.9	2	1.2	7
Großbritannien	103.2	15	15.1	22	19	16	6.0	8	1.1	4
Niederlande	106.6	18	17.0	14	12	7	2.4	1	1.0	2
Belgien	103.9	16	17.0	14	13	10	7.7	13	3.7	15
Schweden	124.3	22	13.0	25	9	2	4.3	5	1.0	2
Finnland	125.9	23	15.8	20	11	4	6.1	10	2.3	10
Frankreich	108.2	20	16.2	18	13	10	5.0	6	3.5	13
Deutschland	108.9	21	16.0	19	13	10	6.0	8	4.7	20
Italien	102.2	14	16.9	16	19	16	17.0	16	4.9	21
Spanien	85.6	12	22.9	3	19	16	8.9	15	3.9	17
Griechenland	84.3	11	21.4	7	20	19	3.6	3	5.1	22
Zypern	93.9	13	14.6	24					1.1	4
Slowenien	77.1	9	21.9	6	11	4			3.4	12
Portugal	79.5	10	19.3	11	20	19	3.9	4	2.2	9
Malta	72.8	8	16.4	17					3.5	13
Tschechien	55.2	5	22.8	4	8	1	5.8		3.8	16
Ungarn	58.0	6	19.4	10	11	4	8.5		2.4	11
Slowakei	49.8	1	22.2	5			7.6		11.1	25
Estland	62.2	7	25.3	1	18	15			4.6	19
Litauen	54.4	3	18.7	12	17	14			6.1	23
Polen	53.3	2	14.8	23	16	13	7.2		10.7	24
Lettland	55.1	4	23.9	2					4.3	18
EU 25	100.0		17.0		15		13.0		4.0	
EU 15	104.0		16.9		16		12.0		3.3	
Euroraum	103.1		17.4		15		11.5		3.9	
USA	101.3		-		-		-		0.7	
Japan	137.1		-		-		-		1.7	

1) Variationskoeffizient

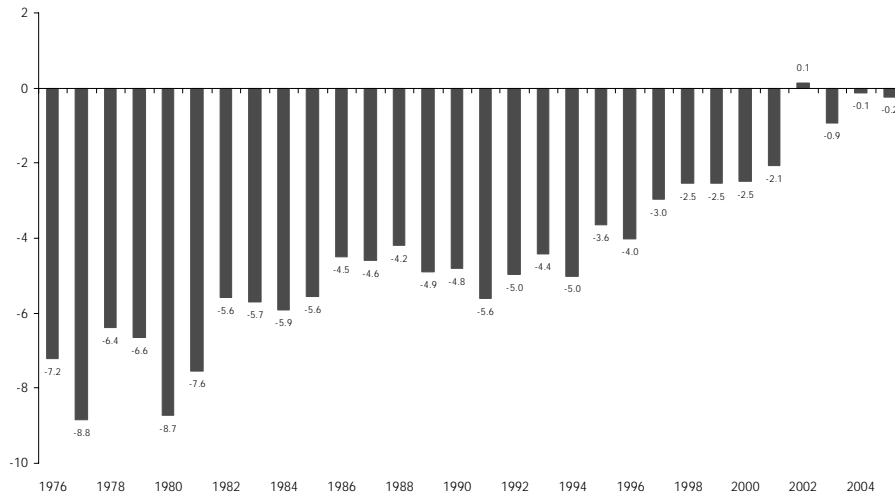
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen

Übersicht A3: Strukturindikatoren nach Ländern einschließlich neuer Mitgliedsländer
(Fortsetzung)

	Umwelt					
	12. Emissionen von Treibhausgasen		13. Energie- intensität		14. Güterverkehrs- volumen	
	2002		2002		2003	
	Basisjahr = 100	Rang	kg ROE / 1000 EUR	Rang	1995 = 100	Rang
Luxemburg	84.9	9	198.5	7	109.0	16
Irland	128.9	22	164.2	3	141.7	23
Dänemark	99.2	14	122.8	1	87.2	4
Österreich	108.5	18	147.2	2	118.5	18
Großbritannien	85.1	10	214.5	10	85.4	3
Niederlande	100.6	15	202.2	8	89.3	6
Belgien	102.1	16	214.3	9	95.2	12
Schweden	96.3	11	224.3	11	90.8	7
Finnland	106.8	17	272.0	16	91.5	8
Frankreich	98.1	12	189.6	6	93.7	11
Deutschland	81.1	8	165.7	4	104.5	15
Italien	109.0	19	184.2	5	93.4	10
Spanien	139.4	23	229.3	12	139.2	22
Griechenland	126.5	20	258.4	14	122.7	20
Zypern	149.7	25	279.6	17	99.6	14
Slowenien	98.7	13	343.2	18	93.3	9
Portugal	141.0	24	255.0	13	118.3	17
Malta	128.5	21	268.2	15		
Tschechien	74.3	7	930.5	22	99.0	13
Ungarn	69.0	5	574.2	19	87.2	4
Slowakei	71.8	6	964.8	23	48.6	1
Estland	44.8	3	1,155.7	24	190.0	24
Litauen	39.8	2	1,273.1	25	120.9	19
Polen	67.7	4	650.1	20	78.4	2
Lettland	36.9	1	749.3	21	133.1	21
EU 25	91.0		209.9		99.7	
EU 15	97.1		191.7		100.6	
Euroraum			188.4		103.7	
USA	113.1		331.0		-	
Japan	107.6		119.0		-	

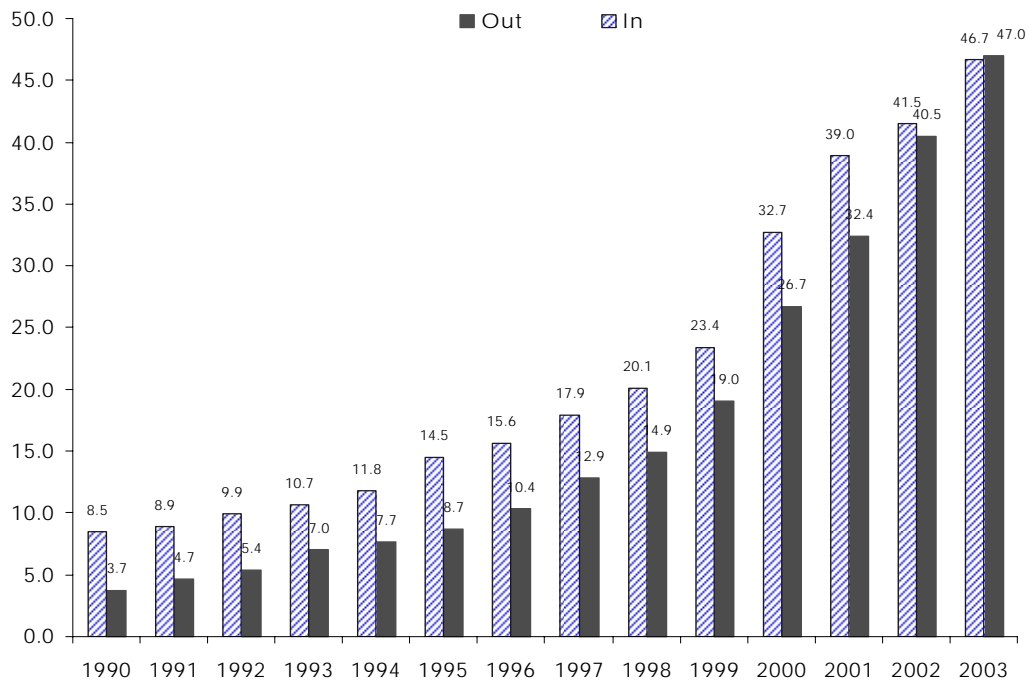
Q: Eurostat, WIFO-Berechnungen.

Abbildung A1: Handelsbilanz in % des BIP



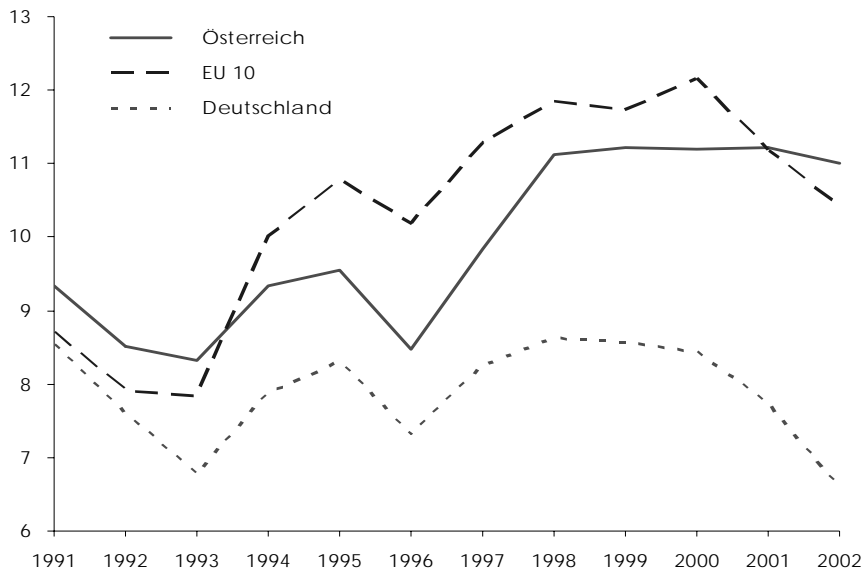
Q: WIFO-Berechnungen.

Abbildung A2: Direktinvestitionen: Stocks



Q: WIFO-Berechnungen, OeNB.

Abbildung A3: Cash-Flow-Quote in der Sachgütererzeugung



Q: WIFO-Berechnungen aufgrund von Eurostat (BACH).

© 2005 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Download kostenlos:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25548